

**DIE FAMILIEN
UNTERNEHMER**



**EUROPEAN
GREEN
DEAL**

Eine kritische Bewertung von
DIE FAMILIENUNTERNEHMER

Kontakt/Impressum

DIE FAMILIENUNTERNEHMER e.V.

Henry Borrmann

Leiter Energie- und Bildungspolitik | borrmann@familienunternehmer.eu | Tel. 030 300 65-481
Charlottenstraße 24 | 10117 Berlin
www.familienunternehmer.eu

Der Text wurde von der Kommission Energiepolitik von
DIE FAMILIENUNTERNEHMER unter Vorsitz von Dr. Karl Tack erarbeitet

Redaktion: Henry Borrmann | Leiter Energie- und Bildungspolitik

Berlin, Mai 2020



Einleitung

Seite 4

1

Ausgangslage weltweit
und Auswirkungen auf
den Wirtschaftsstandort
Deutschland

Seite 6

2

Europa und Deutsch-
land - vereinen was
zusammengehört

Seite 15

3

Innovative europäische
Industrie als Garant für
globalen Klimaschutz

Seite 24

5

Was sonst zu tun ist,
um Europa klimaneutral
zu machen und wettbe-
werbsfähig zu halten

Seite 45

5.1

Faktenbasierte
Politikentscheidungen

Seite 45

5.2

Globalisierung
vorantreiben - außer-
europäische Projekte
in den Emissionshandel
einbinden und Zertifika-
te anrechenbar machen

Seite 47

5.3

Energiepolitik
europäisch angehen

Seite 50

5.4

Wettbewerb nach
Zielstellung, nicht nach
Technologien - Techno-
logieoffenheit auf allen
Ebenen forcieren

Seite 51

5.5

Industrie
schützen, Zertifikate
kostenlos verteilen

Seite 53

5.6

Fuel Switch statt
kompletter Umstrukturi-
erung

Seite 55

5.7

Forschung
stärken

Seite 60

5.8

Versorgungs-
sicherheit keinesfalls
vernachlässigen

Seite 60

4

Der Weg vom nationalen
Klimapaket zum
Europäischen
Emissionshandel ist
ökologisch und
ökonomisch zwingend

Seite 32

a)

Der European
Green Deal

Seite 33

b)

Systeme
zusammenführen
für effektiven
Klimaschutz

Seite 43

5.9

Eigenversorgung
stärken

Seite 61

5.10

Erneuerbare in
den Markt entlassen

Seite 62

5.11

sustainable
finance - unzulässiger
Eingriff der Finanzwirt-
schaft

Seite 63

6

Fazit

Seite 66



Einleitung

Dr. Karl Tack | Vizepräsident des Verbandes DIE FAMILIENUNTERNEHMER und Vorsitzender Kommission Energiepolitik

Klimaschutz und Nachhaltigkeit - das ist nichts Neues, sondern Teil der DNA von Familienunternehmen. Familienunternehmer denken in Generationen. Unser wichtigstes Anliegen ist es, unser Unternehmen und somit das oftmals über Generationen erarbeitete Vermögen in die Hände unserer Nachkommen zu legen. Das kann nur gelingen, wenn auch die Umwelt und die Gesellschaft intakt bleiben. Deshalb sind Klimaschutz und Nachhaltigkeit unverzichtbarer und integraler Bestandteil unseres täglichen Wirtschaftens und keine Nebenbeschäftigung. Für Familienunternehmen ist Klimaschutz eine gesellschaftliche und betriebswirtschaftliche Herausforderung, die wir gerne annehmen.

Unter diesem Gesichtspunkt haben wir die Initiative zum European Green Deal begrüßt und unterstützen die Zielsetzung dieser europäischen Strategie.

Allerdings sind insbesondere wir deutschen Familienunternehmer auch gebrannte Kinder. Denn Klimaschutz funktioniert nur dann, wenn damit ökonomischer Erfolg einhergeht. Diese grundlegende Wahrheit wurde leider viel zu lange ignoriert. Klimaschutz geht außerdem nur global. Und kein Land dieser Welt wird dem deutschen Weg folgen, wenn mit der Energiewende deutscher Prägung die Gefahr einer Deindustrialisierung sehenden Auges in Kauf genommen wird.

Genau das ist aktuell aber leider der Fall. So werden bestimmte Branchen mit Milliarden an Subventionen überflutet, während die industriellen Familienunternehmen einem Großteil der Lasten zu tragen haben. Die globale Wettbewerbsfähigkeit wird hierdurch im erheblichen Umfang erschwert, so dass die höchst effiziente deutsche Industrie ins Ausland getrieben wird. Allerdings herrschen in anderen Ländern vielfach geringere Umweltstandards sowie auch geringere soziale Standards, so dass sich die Bedingungen für die Umwelt und die Gesellschaft insgesamt nennenswert verschlechtern werden.

Das läuft im Ergebnis darauf hinaus, dass wir in Deutschland ökonomische Nachteile in immensen Höhen in Kauf nehmen, ohne europäisch und international einen ökologischen Vorteil zu erzielen. Im Gegenteil - eine derartige Strategie ist unter globalen Gesichtspunkten extrem kontraproduktiv.

Vor diesem Hintergrund knüpfen wir die Erwartung an den European Green Deal, dass neue und marktwirtschaftlich geprägte Wege eingeschlagen und tatsächlich vorhandene Chancen für einen wirkungsvollen Klimaschutz ergriffen werden. Es besteht somit für Deutschland die Chance, die festgefahrene nationale und planwirtschaftliche Klima- und Energiepolitik endlich marktwirtschaftlich auszugestalten. Wir sollten die Chance ergreifen, den Industriestandort zu erhalten und gleichzeitig den globalen Klimaschutz voranzubringen. Das hilft nicht nur Deutschland, sondern auch anderen Nationen dieser Welt.

Die Kommission der Europäischen Union muss aber auch konsequent marktwirtschaftliche Prinzipien und die Erkenntnisse der Wissenschaft berücksichtigen. Von essentieller Bedeutung ist, dass die europäischen Länder bereit sind, Klientelpolitiken und nationalstaatliche Egoismen zurückzustellen, um dem Klimaschutz, dem Industriestandort und den Bürgern einen Dienst zu erweisen.

Der European Green Deal bietet eine großartige Chance, die Klima- und Energiepolitik vom Kopf auf die Füße zu stellen, d. h. konsequent marktwirtschaftlich auszugestalten. Darüber hinaus sollte den Gefahren einer ideologischen Gesetzgebung, der Fortsetzung einer Klientelpolitik und dem Aufbau eines Bürokratiemonsters rechtzeitig und entschieden entgegengetreten werden.

Die richtige Weichenstellung muss daher von Anbeginn und konsequent erfolgen.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER

Familienunternehmer denken sehr langfristig: Nachhaltigkeit und weitsichtiges Wirtschaften sind ihre Handlungsmaxime. Familienunternehmer zielen nicht auf kurzfristige Profite, sondern wollen ihr Unternehmen an die nachfolgenden Generationen weitergeben.

Vorausschauende Klimapolitik beruht auf ähnlichen Prinzipien. DIE FAMILIENUNTERNEHMER teilen die Überzeugung, dass Handlungsbedarf besteht, um das Klima zu stabilisieren und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen zu sichern. Entsprechend konstruktiv begleiten DIE FAMILIENUNTERNEHMER die Bemühungen um wirksamen Klimaschutz und bringen sich in die Entscheidungsprozesse um die besten Instrumente engagiert und kritisch ein.

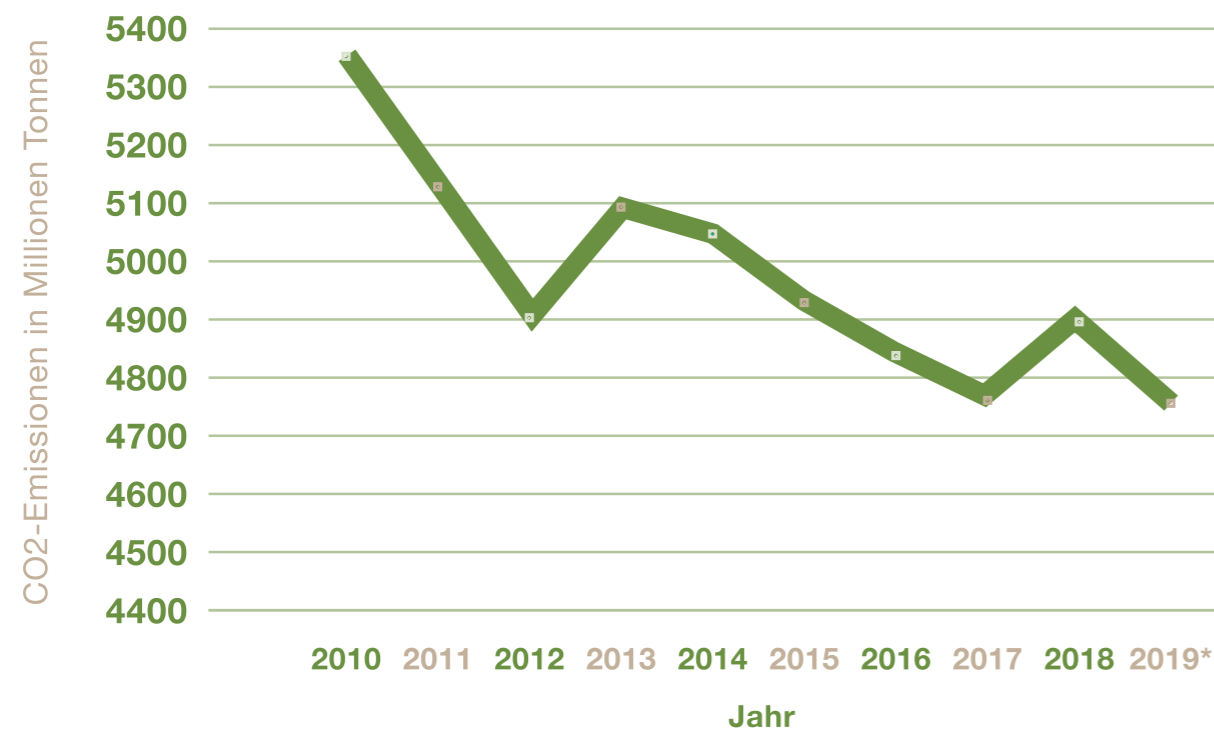
Wichtigster Leitsatz dabei: Verantwortliche Klimapolitik muss auch praktisch umsetzbar sein. Das gilt vor allem für die wirtschaftlichen Konsequenzen von klimapolitischen Vorgaben. Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden sowohl die deutsche als auch die europäische Klimapolitik beleuchtet.

1. Ausgangslage weltweit und Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Deutschland

Der Schutz des Weltklimas steht seit Jahrzehnten auf der Agenda internationaler Politik, mit durchaus beachtlichem Erfolg. Im Pariser Klimaschutzabkommen¹ verpflichteten sich nahezu alle Staaten weltweit dazu, die Erderwärmung auf höchstens 2 Grad Celsius zu begrenzen, angestrebt werden 1,5 Grad Celsius.

Auch jenseits dieser internationalen Verständigung gibt es keinen Grund für Schwarzmalerei: Die USA, vielfach in der Kritik wegen ihres Ausstiegs aus dem Klimaschutzabkommen von Paris, sparen Unmengen an CO₂ auf Basis der Gaswirtschaft ein. Einzelne Bundesstaaten wollen den Emissionshandel einführen.

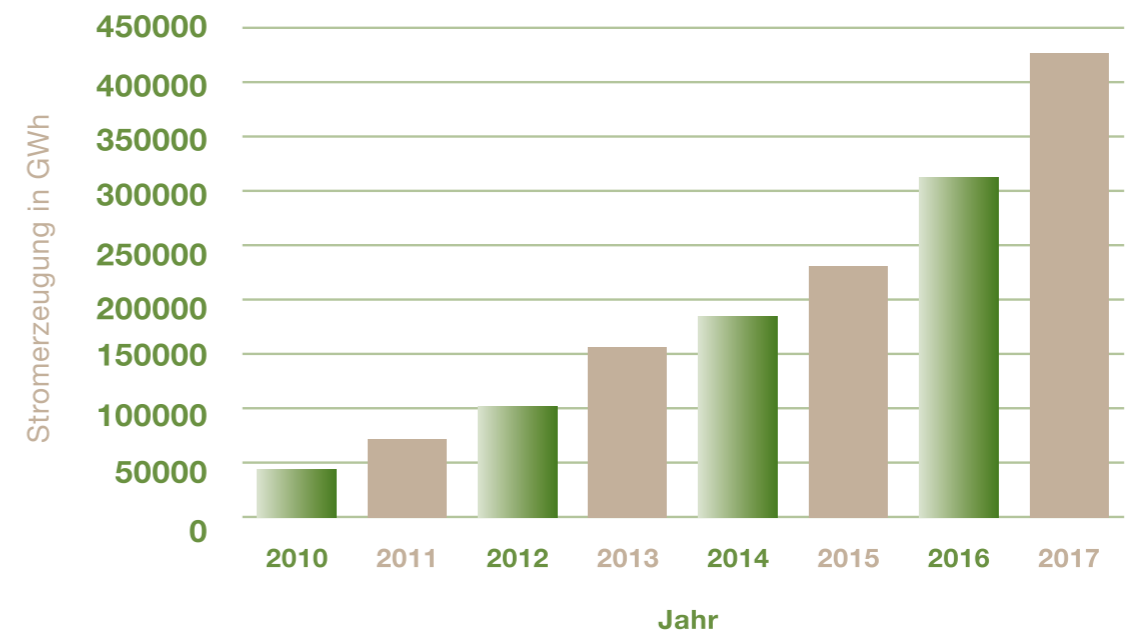
CO₂ Emissionen USA laut IEA



¹ https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Klimaschutz/paris_abkommen_bf.pdf

China strebt ebenfalls zum Emissionshandel. Zwar werden dort neue Kohlekraftwerke gebaut. Aber das Volumen an erneuerbaren Energien, das in China realisiert wird, stellt weltweit alles in den Schatten. Allein im Jahr 2019 wurden 56 GW an Erneuerbaren zugebaut².

Stromerzeugung China Wind+PV in GWh



Und selbst in OPEC-Ländern werden gewaltige Kapazitäten an Photovoltaik-Kraftwerken errichtet, um CO₂-neutralen Wasserstoff zu erzeugen, um Industrieländer wie Japan damit zu beliefern.

Schwellen- und Entwicklungsländer für eigene Klimaschutzanstrengungen gewonnen werden, um weltweit die Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen wie Öl, Gas und Kohle zu verringern.

Diese internationalen Tendenzen einberechnend, gehen internationale Vermögensverwaltungen mehr und mehr zu ökologischen Anlagekriterien über.

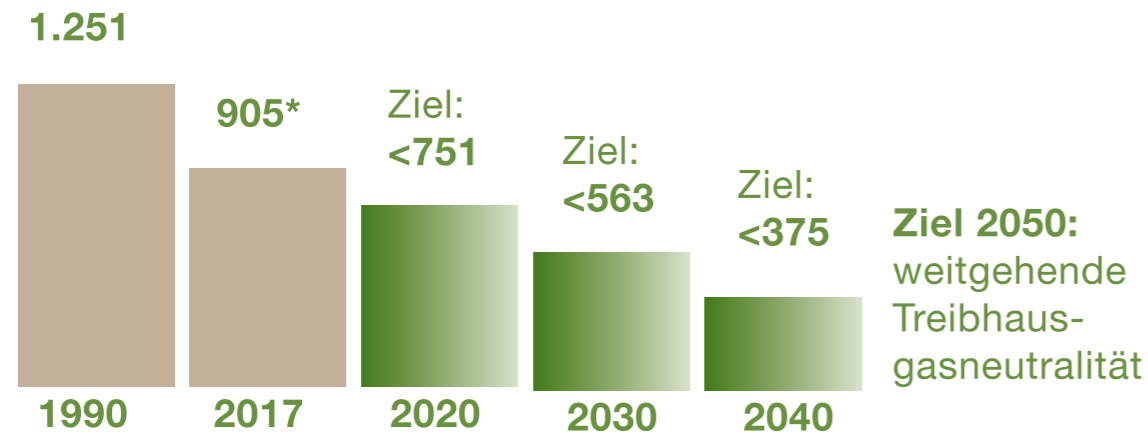
Mit Blick auf die historischen Emissionen der Industriestaaten wurden den Schwellen- und Entwicklungsländern im Pariser Klimaschutzabkommen häufig längere Zeiträume für eine klimaschonende Ausrichtung ihrer Wirtschaft eingeräumt, während andere Länder wie zum Beispiel auch Deutschland mit massiven Interventionen agieren, um bereits kurzfristig auf einen ökologischen Pfad einzuschwenken.

Für den Erfolg all dieser vielfältigen Anstrengungen ist entscheidend, Wachstum und Wohlstand mitzudenken und in alle klimapolitischen Zielvorgaben einzubeziehen. Nur so können mittel- und langfristig auch die

² <https://www.iwr.de/news.php?id=36521>

Treibhausgasausstoß in Deutschland

Angaben in Millionen Tonnen



*Schätzung

Quelle: BMU, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/konkrete-schritte-fuer-umsetzung-und-transparenz-beschlossen-1555662>

Deutschland will dabei mit seiner »Energiewende« weltweit als Vorreiter wahrgenommen werden. Mit mäßigem Erfolg – denn die deutsche Politik setzt stark auf Symbolpolitik, ohne Fakten und Folgen bei ihren Entscheidungen hinreichend zu berücksichtigen. Insbesondere der oft planwirtschaftliche Ansatz der Energiewende führt zu hohen Kosten, ohne die gewünschten ökologischen Erfolge zu erzielen.

So entstehen durch immer neue staatliche Interventionen völlig unnötige Belastungen und massive Planungs- und Investitionsunsicherheit für die Wirtschaft ohne signifikanten Beitrag zum Klimaschutz.

Ein Beispiel ist der Kohleausstieg: Gerade im Energiesektor, der ja bereits dem europäischen Emissionshandel unterliegt, sind nationale Eingriffe kontraproduktiv. Nach Schätzungen von DIE FAMILIENUNTERNEHMER dürften Kosten von ca. 100 Milliarden Euro auf Wirtschaft und Verbraucher abgeladen werden³. Preisniveau und Versorgungssicherheit werden verschlechtert. Strom muss im Zweifel aus polnischen Kohlekraftwerken und französischen AKWs importiert werden.

»Sollten Politik und Wissenschaft unter diesen Gesichtspunkten bei einer erneuten Prüfung zu der Ansicht kommen, dass es sinnvoller wäre, zuerst den Kohleausstieg zu vollziehen, um die angestrebten CO₂-Mengen einzusparen und die Grundlastsicherung und den Übergang in eine CO₂-freie Welt mit einer Verschiebung des »Atomausstiegs« um einige Jahre zu sichern, darf die zeitliche Reihenfolge kein absolutes Tabu sein. Es gilt dabei auch zu beachten, dass

moderne Druckwasserreaktoren technisch nicht vergleichbar sind mit alten Siedewasserreaktoren (Tschernobyl, Fukushima). Alle französischen und die letzten aktiven deutschen Reaktoren sind moderner Bauart und befinden sich nicht in Erdbebengebieten. Unter dem Gesichtspunkt einer dringenden CO₂-Einsparung kombiniert mit den verbesserten Sicherheitsbedingungen von Kernkraftwerken, könnte eine erneute wissenschaftliche Prüfung angezeigt sein. Ebenso sollte das Recycling radioaktiver Abfälle, was nach Aussagen namhafter Fachleute über neue Technologien möglich sein kann, einer weiteren wissenschaftlichen Überprüfung unterzogen werden. (Flüssigsalzreaktoren).«⁴

Auch das EEG ist ein solcher Eingriff, der hunderte Milliarden Euro zugunsten der Branche der erneuerbaren Energien umverteilt, dem europäischen Klimaschutz jedoch überhaupt nicht dient. Dafür wurden den industriellen Familienunternehmen Lasten aufgebürdet, die gegenüber einer CO₂-Einsparung gleicher Menge im Emissionshandel das 7-8-fache betragen.⁵

Die Eigenversorgung mit Strom – auch aus erneuerbaren Energien – wurde gleich mehrfach belastet und so faktisch sehr unattraktiv gemacht: Zum einen durch die Einführung der Belastung mit EEG-Umlage auf die Ei-

genversorgung, zum anderen durch nicht rechtssichere Regularien bezüglich der Messung eigenerzeugter und -genutzter Strommengen. Im Ergebnis können Familienunternehmer diese Möglichkeit de facto nicht mehr zu attraktiven Konditionen nutzen, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stützen und handeln im Zweifel ohne das zu wollen, gegen geltendes Recht. Ein ökologisch wie ökonomisch sinnvolles Modell, dass durch Strom- und Wärmenutzung Wirkungsgrade aufweist, von dem normale Kraftwerke nur träumen können, wurde Klientelinteressen und ideologischem Denken geopfert. Die Eigenversorgung stellt aber aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende dar.

All das zu Lasten der unzähligen industriellen Familienunternehmen, die unter diesen Bedingungen kaum mehr wettbewerbsfähig sind und sein können.⁶ Die entsprechenden Folgen für den Wirtschaftsstandort Deutschland, die Arbeitsplätze und die Sozialsysteme zeichnen sich bereits ab, auch wenn die Gesamtwirtschaft diesen Trend lange verschleiert hat.

Dabei ist die Eigenversorgung nicht nur für die industriellen Familienunternehmer eine wichtige Stütze der Wettbewerbsfähigkeit, sondern kann mit den richtigen politischen Rahmenbedingungen auch einen massiven Beitrag zur Netzstabilität leisten und als Reservekapazität dienen und so fossile Kraftwerke und CO₂-Emissionen vermeiden. Die Eigenversorgung bietet nicht nur eine hervorragende ökologische, sondern auch ökonomische und energie-wirtschaftliche Bilanz. (siehe Kapitel 5.9)

Entsprechend gilt es, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Eigenversorgung anzupassen, die EEG-Umlage abzuschaffen, handhabbare Regelungen für die Nutzung auch von Dritten zu schaffen und das alles beihilferechtlich abzusichern. Die Eigenversorgung ist keine »Entsolidarisierung«, sondern ein Pfund für die Energiewende.

⁴ <https://nuclear.gepower.com/build-a-plant/products/nuclear-power-plants-overview/prism1>

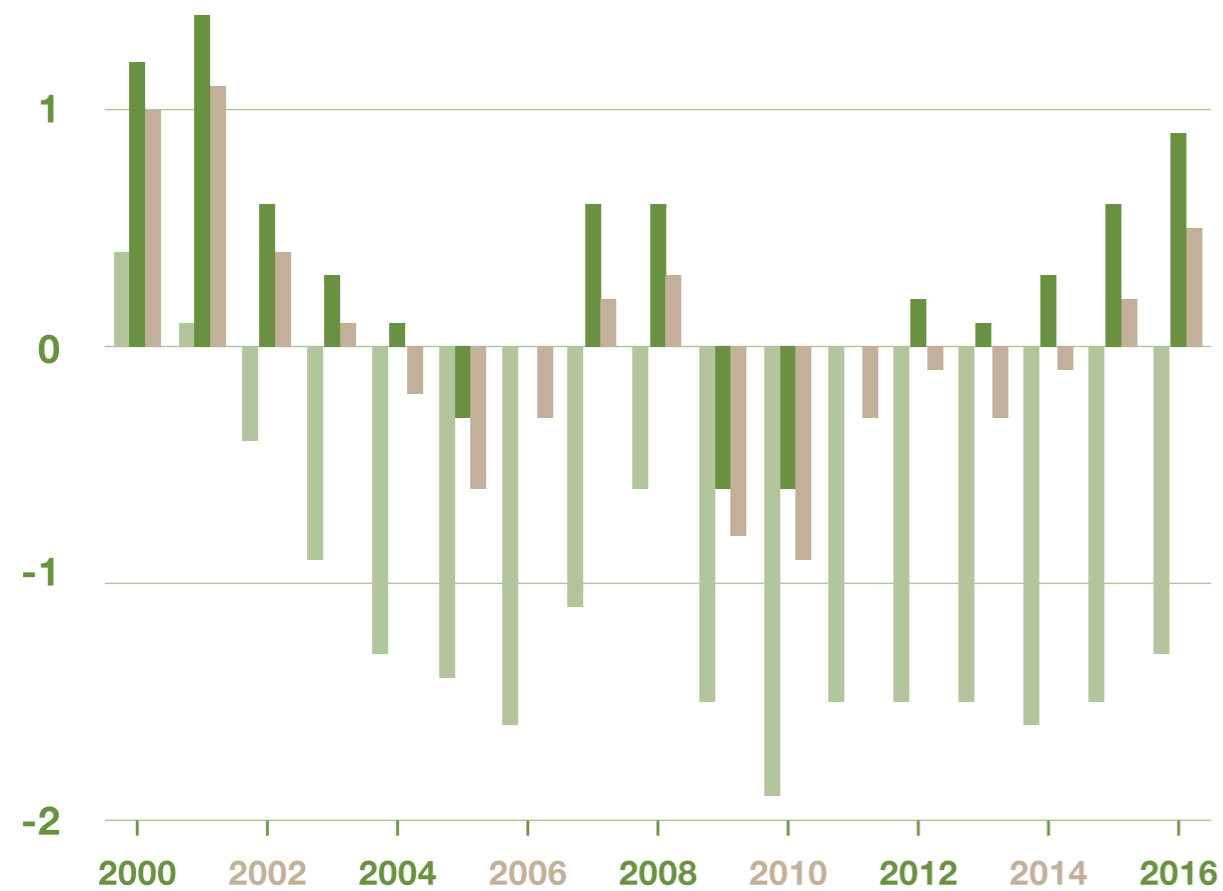
⁵ siehe dazu auch Kapitel 5.4

⁶ IW-Kurzbericht 13/2019 »Schrumpfender Kapitalstock energieintensiver Branchen«

³ <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/deutsche-familienunternehmer-kritisieren-kohleausstieg-16012952.html>

Entwicklung des Kapitalstocks der Industrie

Veränderung des realen Bruttoanlagevermögens im Vorjahresvergleich
in Prozent

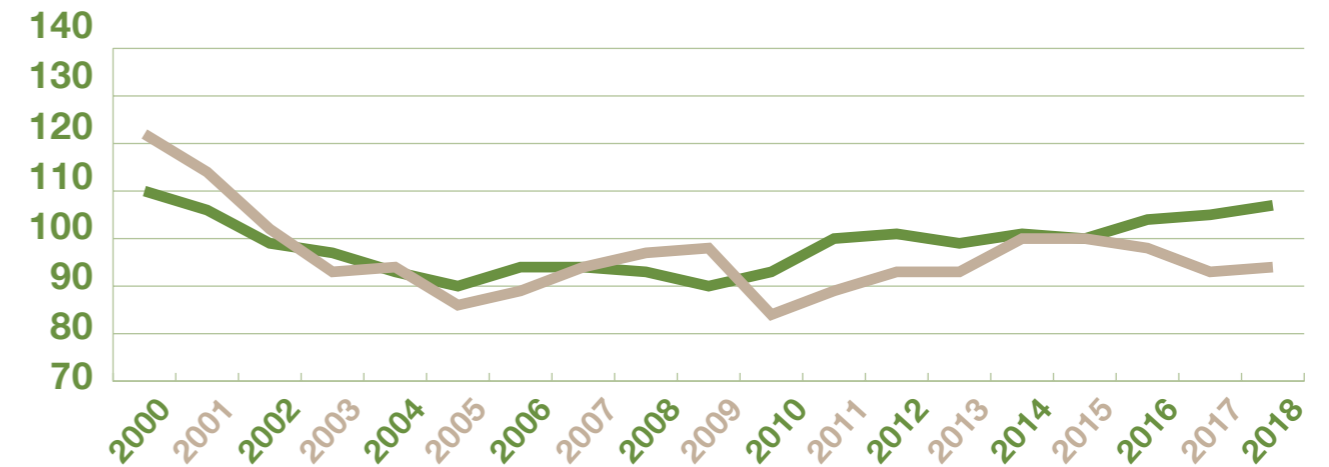


- Energieintensive Industrie
- Nicht energieintensive Industrie
- Verarbeitendes Gewerbe

Energieintensive Industrien: Papier, Glas/Keramik, Chemie, Metallherzeugung und -verarbeitung.

Reale Bruttoanlageinvestitionen

(Index: 2015 = 100)



- Alle Wirtschaftsbereiche
- Produzierendes Gewerbe

Quelle: Inlandsproduktberechnung - Detaillierte Jahresergebnisse (vorläufige Ergebnisse) - Fachserie 18 Reihe 1.4 - 2019 (Stand: Februar 2020)

Gastkommentare

Industrielle Familienunternehmer im internationalen Wettbewerb



Durch die Belastung allein durch die EEG-Umlage kann ADOMA jährlich beim derzeitigen Verbrauch von ca. 3.000.000 kWh im Schnitt zwei Maschinen nicht neu investieren. Und der ausländische Wettbewerb lacht über eine solche Wettbewerbsverzerrung. Fakt ist, dass diese über so viele Jahre gelaufene Zusatz-Belastung eine derart krasse Schlechterstellung im Wettbewerb darstellt, die man in Deutschland nur durch Schnelligkeit und Innovation - allerdings nur anteilig - kompensieren kann. Allein die EEG-Umlage überstieg in manchen der letzten Jahre den ausgewiesenen Jahresüberschuss, was für die Wettbewerbsfähigkeit notwendige Neuinvestitionen anteilig verhinderte.«

Kai Steinhauser | ADOMA GmbH

Brenn- und Trockenprozesse haben einen physikalisch bedingt hohen Energiebedarf. Jeder Unternehmer müht sich beständig, den spezifischen Energiebedarf zu senken, dabei stößt er an Grenzen. Unsere Kunden brauchen solche Produkte, die sich letztlich auch beim Endverbraucher wiederfinden (z. B. Fliesen, Waschbecken, Geschirr, Glas, Feuerungen, ...). Zu den bei uns eingesetzten Energieträgern - Erdgas für die Trocken- und Brennprozesse, Diesel für die Bagger, Raupen und Dumper im Tagebau - gibt es leider (noch?) keine Alternativen. Das »Wünschen« hilft da nicht. Die politisch gewollte Verteuerung dieser Energieträger wird von unseren Konkurrenten weltweit mit diebischer Freude und vergiftetem Lob begleitet - führt sie doch, wenn unverändert durchgezwungen, zum absehbaren »Aus« der deutschen Hersteller. Und die - also wir - produzieren zu den weltweit höchsten sozialen, technischen, umwelt- und klimaschonenden Standards!

Die sich abzeichnende Pseudoüberlegenheit unserer Konkurrenz - in Osteuropa, in Fernost, in Nordafrika - besteht vor allem in Einsparungen bei diesen Standortfaktoren - und natürlich in billiger Energie! Wem nutzt also, und wem schadet das »Aus« energieintensiver Produktion, die ja weiter gebraucht wird, in Deutschland?

Das trifft mit KTS eine 1867 gegründete Familienfirma (Original - KG), die bisher alle Stürme überlebte. Ein Drittel unserer Umsätze geht in den Sozialhaushalt (Löhne, Gehälter, BG, freiwillige und gesetzliche Sozialleistungen), ein Viertel in die Finanzierung der Energiekosten (Gas, Strom, Diesel). Allein die für 2021 angedachte Verteuerung von Gas und Diesel übersteigt den Durchschnitts-Gewinn der letzten 10 Jahre. In unserer im harten internationalen Wettbewerb stehenden Branche - Preiserhöhungen sind ganz schwer durchzusetzen - lässt sich keine goldene Nase

verdienen, aber bisher hat es immer gereicht, marktbedingte Kostensteigerungen wie Lohnerhöhungen zu kompensieren. Die jetzigen Pläne der Regierung verbessern wahrscheinlich nicht die Welt, sicher aber werden sie unsere Firma und weitere Betriebe unserer Branche ruinieren. Muss das wirklich sein?

Dr. Dieter Mannheim | KTS Kärlicher Ton- u. Schamottewerke Mannheim & Co. KG

Es gibt physikalische Grenzen der Energie- und CO₂-Einsparung.

Der Energieeinsatz in der Umform- und Zerspanungstechnik hängt maßgeblich von der verarbeiteten Masse ab. Des Weiteren ist die erforderliche Energie zur Erwärmung des Materials proportional zur Masse. Lediglich die Abwärme kann zu sehr geringen Teilen wiederverwendet werden, z. B. zur Heizung.

»» Man kann auch nicht kalt kochen«.

Völlig unverständlich ist die Regelung zur möglichen Befreiung von der EEG-Umlage, bei der die Bruttowertschöpfung in Relation zum Energieverbrauch gesetzt wird. Hierbei werden nämlich die Personalkosten nicht gewinnschmälernd berücksichtigt. Unternehmen mit vielen Mitarbeitern und gleichzeitig hohem Energieverbrauch werden hier doppelt »bestraft«, während Unternehmen mit hohem Energieverbrauch und wenig Mitarbeitern befreit werden können. Dies sind oft Unternehmen mit automatisierter Fertigung. Wir sind eine Gesenkschmiede mit angeschlossener Zerspanungstechnik, spezialisiert auf Kleinserienproduktion, die sich technisch oder wirtschaftlich nicht automatisieren lässt. Die EEG-Umlage stellt damit nicht nur international, wo es keine solche Umlage gibt, sondern auch national einen massiven Wettbewerbsnachteil dar.

Bei einem Jahresumsatz von rund 18 Millionen Euro mit ca. 100 Mitarbeitern zahlen wir über 400.000 Euro EEG-Umlage zuzüglich Netzentgelte. Dies sind Kosten, die man jährlich in ein mittelgroßes CNC-Zentrum oder zusätzliche Mitarbeiter investieren könnte.

Thomas Henneke (Dipl.-Math.) | Geschäftsführender Gesellschafter KB Schmiedetechnik GmbH

2. Europa und Deutschland – vereinen was zusammengehört

So sehr DIE FAMILIENUNTERNEHMER auch ihre unternehmerische Verantwortung für mehr Klimaschutz wahrnehmen, so entschieden wenden sie sich gegen alle Bestrebungen, die ihren Bestand gefährden.

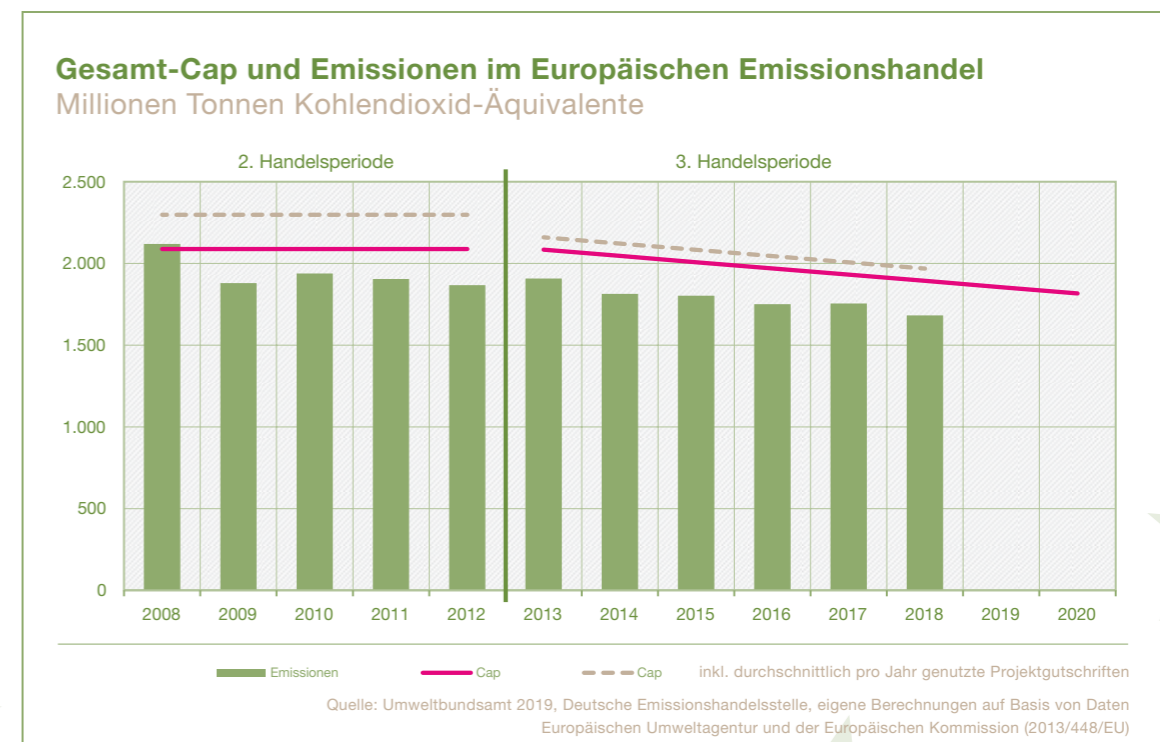
Der Königsweg für einen wirksamen und erfolgreichen Klimaschutz ist seine marktwirtschaftliche Ausgestaltung. Nur dann ist es möglich, einen nachhaltigen Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten und tatsächlich internationale Nachahmer zu gewinnen, um die schädlichen Emissionen weltweit zu senken und zugleich auch Schwellen- und Entwicklungsländern wirtschaftlichen Aufschwung und Wohlstand zu ermöglichen.

In diesem Sinne unterstützen DIE FAMILIENUNTERNEHMER das Ziel der – bilanziellen! – Klimaneutralität, das die deutsche Bundesregierung ebenso wie die neue EU-Kommission für das Jahr 2050 ausgegeben haben. Diese ambitionierte Vorgabe kann aber nur gemeinsam mit der Wirtschaft und der Nutzung von Kompensationsmöglichkeiten zum Erfolg gebracht werden.

Es gilt nun, Technologieoffenheit und Marktwirtschaft als entscheidende Prinzipien anzuerkennen und umzusetzen, und vor allem den nationalen Fokus aufzugeben.

Mit dem Start des Emissionshandels zu Beginn des Jahres 2005 wurde in Europa für die Sektoren Energie und Teile der Industrie ein mengenbasiertes Zertifikatmodell installiert, um dem menschengemachten Klimawandel zu begegnen. Mit

diesem Instrument hat Europa eine einzigartige Erfolgsgeschichte geschrieben und kann mit Stolz behaupten, das weltweit erfolgreichste Klimaschutzinstrument etabliert zu haben.



Der Fokus liegt klar auf der Reduzierung der Emissionszertifikate, und damit des CO₂-Ausstoßes, wobei die Preise für die Zertifikate durch Angebot und Nachfrage bestimmt werden. Auf diese Weise setzen sich die effizientesten Technologien zur Reduzierung von Treibhausgasen durch. Durch diesen marktwirtschaftlichen und technologieoffenen Rahmen wurden die Ziele des Systems zuverlässig und dauerhaft erreicht.

Jahr für Jahr wurden in den betroffenen Sektoren mehr Emissionen eingespart als ursprünglich angedacht, was in jüngerer Vergangenheit dazu führte, dass eine Reser-

ve geschaffen wurde, in der überschüssige Zertifikate zwischengelagert werden können. Der europäische Klimaschutz ist mehr als im Soll.

Darüber hinaus ist der Emissionshandel auch auf ökonomischer Ebene ein absoluter Erfolg. Kritiker bemängelten oft die niedrigen Zertifikatspreise des Systems. Allerdings ignoriert diese Kritik, dass in einem System mit strikt begrenzter Menge der Preis völlig irrelevant ist, um Klimaschutz zu garantieren. Vielmehr waren die niedrigen Preise ein Ausweis dafür, dass Klimaschutz nicht zwangsläufig teuer sein muss, um wirksam zu sein.

Auch wenn »der Markt« bei vielen eher negativ beäugt wird, so hat der marktwirtschaftliche Mechanismus sein Potenzial einmal mehr deutlich aufgezeigt und sich innerhalb des Systems sowohl als Entdeckungsverfahren als auch als Innovationstreiber bewiesen. Die günstigen Zertifikatepreise zeigen im Endeffekt nur, dass viele Möglichkeiten, CO₂ einzusparen, recht günstig zu heben waren und vermutlich auch in Zukunft sein werden.

Selbstverständlich spielten auch andere - zum Beispiel konjunkturelle - Aspekte bei der Preisbildung eine Rolle, wobei der Befund auch unter Berücksichtigung solcher Aspekte der gleiche bleibt. Aber auch die für

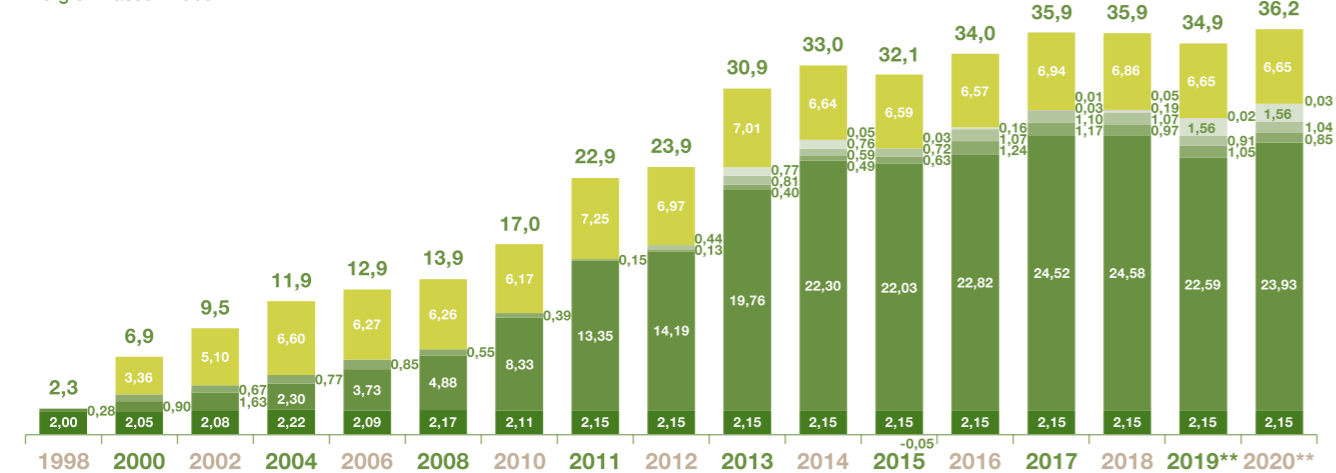
den globalen Klimaschutz so wichtigen Klimaschutz-Potenziale in Drittländern spielten für die vergleichsweise günstigen Preise eine nicht unerhebliche Rolle. Diese Potenziale gilt es zu heben und nicht zu verteuern, da diese elementar für einen globalen Weg und für schnelle Einsparungen von CO₂ sind.

Im Gegensatz dazu atmet die deutsche »Energiewende« einen völlig anderen Geist und wurde von Beginn an eher auf politische und ministeriale Vorfestlegungen, technologiespezifische Förderungen und auch Verbote aufgebaut. Mit überschaubarem ökologischem und ökonomischen Erfolg.

Gesamtbelastung durch Steuern und Abgaben

Gesamtbelastung der Strompreise in Mrd. Euro (ohne MwSt. *)

Energie. Wasser. Leben.



- **Konzessionsabgabe**
- **§19 StromNEV-Umlage**
- **Stromsteuer*******
- **EEG-Umlage*****
- **Offshore-Netzumlage******
- **KWKG-Umlage**
- **Umlage f. abschaltbare Lasten*******

* Mehrwertsteuerbelastung 2020 rd. 9 Mrd. Euro

** teilweise vorläufig

*** bis 2009 Mehrkosten gegenüber Börsenpreis; ab 2010 Anwendung AusglMechV; 2018/19 gemäß EEG-Umlagenprognose

**** bis 2018 Offshore-Haftungsumlage; 2015 Rückzahlung

***** Umlage für abschaltbare Lasten 2016 ausgesetzt

***** 2019: gemäß AK „Steuerschätzung“ des BMF, Nov. 2019
Quelle: BDEW, Stand 01/2020

So wurde mit dem EEG ein gewaltiges Förder-system für erneuerbare Energien geschaffen, das auf ein Volumen von fast 25 Milliarden Euro jährlich angewachsen ist. Insgesamt summieren sich die Kosten der verschiedenen Umlagen, Steuern und Abgaben auf ca. 35 Milliarden Euro. Dazu kommen laut Bundesrechnungshof⁷ noch einmal 3,2 Milliarden Euro aus Förderprogrammen und Personalkosten. Der Erfolg beim Ausbau dieser Form der Stromerzeugung

war über die Jahre des Bestehens und zwischen den verschiedenen Technologien unterschiedlich und nicht konstant. Der offiziell als Erfolg verkaufte Anteil der Erneuerbaren im Bereich der Stromerzeugung entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Scheinerfolg. Die politisch favorisierten Technologien PV und Windkraft-Onshore erreichen auch aktuell nur einen Anteil von ca. 5 Prozent am Gesamtenergieverbrauch in Deutschland. (Siehe Abbildung Seite 17)

Primärenergieverbrauch in Petajoule (vorläufig)

	2017	2018	Veränderung in %
Mineralöl	4 675	4 443	-5,0
Erdgas	3 121	3 071	-1,6
Steinkohle	1 465	1 301	-11,2
Braunkohle	1 508	1 465	-2,9
Kernenergie	833	829	-0,4
Erneuerbare Energien	1 790	1 809	+1,1
darunter: Biomasse	976	970	-0,7
Windenergie	381	402	+5,6
Solarenergie	170	198	+16,5
Abfälle	135	120	-10,8
Wasserkraft	73	59	-18,1
Geothermie	56	60	+7,6
Stromaustauschsaldo	-198	-184	•
Sonstige	246	229	-6,9
Insgesamt	13 440	12 963	-3,5

Quelle: AG Energiebilanzen (Stand 03/2019)

Unter der gegenwärtigen Ausbauschwäche und vor allem den gravierenden Akzeptanzproblemen in der Bevölkerung insbesondere im Bereich der Windkraft an Land scheint eine zeitweise ins Spiel gebrachte energetische Vollversorgung mit erneuerbaren Energien utopisch. Es muss bezweifelt werden, ob die Erneuerbaren die hohen Hoffnungen, die politisch in diese gesetzt werden, überhaupt erfüllen können. Wobei unstrittig ist, dass die regenerative Stromerzeugung ein wichtiger Baustein einer klimaneutralen Wirtschaft ist und sein wird.

Der Strombedarf wird in Zukunft mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit steigen. Insbesondere die Digitalisierung dürfte hier eine große Rolle spielen. Aber auch im Bereich Gebäude und Verkehr dürfte der Stromverbrauch mit dem Anwachsen von Technologien wie der Wärmepumpe oder der E-Mobilität weiterwachsen. Selbst wenn auf synthetische Kraftstoffe gesetzt wird, ist naheliegend, dass diese wenigstens langfristig aus CO₂-neutraler Produktion stammen müssen.

Unter diesen Gesichtspunkten muss die bisherige nationale Energiewende grundlegend überarbeitet werden. Dabei sollte solchen Maßnahmen oberste Priorität eingeräumt werden, die die höchste Effizienz zu den geringsten ökonomi-

schen Kosten haben, was über einen umfassenden Emissionshandel jederzeit abgesichert wäre. Das ist im derzeit beschrifteten deutschen Sonderweg zur Energiewende leider nicht der Fall. Im Folgenden wird immer wieder aufgezeigt, wie und mit welchen Auswirkungen die derzeitige Energiepolitik schädlich auf die Menschen und den Markt wirkt. Darüber hinaus ist auch im Hinblick auf den erforderlichen Flächenbedarf eine rein heimische Energiewende auf Basis erneuerbarer Energien offensichtlich utopisch.

Auch die ökonomische Bilanz ist fragwürdig. Denn noch zusätzlich zu den Belastungen aus dem EEG wurden diverse Umlagen und Instrumente geschaffen, die den Verbraucher und insbesondere auch industrielle Familienunternehmen im internationalen Wettbewerb belasten, was, wie in nachfolgender Tabelle zu erkennen ist, die industrielle Basis schwinden lässt.

⁷ Bericht nach § 99 BHO über die Koordination und Steuerung zur Umsetzung der Energiewende durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, 28. September 2018

Indizes der Produktion ausgewählter Branchen (2015 = 100)

	2017				2018				in %
	1. Q	2. Q	3. Q	4. Q	1. Q	2. Q	3. Q	4. Q	
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	103,0	103,2	104,7	106,9	105,0	108,0	104,4	105,3	-1,5%
Herst. v. Papier, Pappe und Waren daraus	101,2	98,3	101,0	99,0	102,1	100,2	99,8	95,7	-3,3%
Herst. v. Holz- u. Zellstoff, Papier, Karton u. P.	100,2	98,5	99,7	97,9	99,8	99,5	97,0	92,0	-6,0%
Herst. v. chemischen Erzeugnissen	104,7	100,3	101,8	99,9	104,9	102,6	98,6	92,0	-7,9%
Herst. v. chemischen Grundstoffen	104,6	99,0	100,5	99,8	104,1	100,5	98,6	89,6	-10,1%
Herst. v. Gummi- und Kunststoffwaren	107,3	106,3	107,0	101,1	107,9	108,5	105,7	100,5	-0,7%
Glasgew. H.v. Keramik, Verarb. v.Steinen u.Erden	92,5	110,8	112,8	102,1	90,0	113,0	112,3	105,7	+3,6%
Metallerzeugung und -bearbeitung	103,5	103,2	100,4	97,6	104,3	105,1	99,7	96,4	-1,2%
Erzeugung v. Roheisen, Stahl u. Ferroleg.	103,1	105,5	101,2	97,3	101,5	103,0	96,8	95,8	-1,6%
Herst. v. Metallerzeugnissen	106,0	107,5	109,2	108,6	108,3	112,6	109,7	107,5	-1,0%
Maschinenbau	98,0	101,0	101,9	114,6	100,3	105,4	103,9	114,2	-0,3%

* Veränderung 4. Quartal 2018 gegenüber 4. Quartal 2017
Quelle: Statistisches Bundesamt

Darüber hinaus wurden zusätzlich zu den gesetzlich verordneten Umlagen und Abgaben viele Förderprogramme mit höchst unterschiedlichen Adressaten und Zielstellungen aufgelegt. An der regelmäßigen Kritik des Bundesrechnungshofes⁸ lässt sich ablesen, dass auch diese Strategie nicht den gewünschten Erfolg brachte und unter Effizienzgesichtspunkten abgelehnt werden muss.

Ökonomisch wirkt der eher planwirtschaftlich angelegte deutsche Sonderweg verheerend. Deutschland hat unter den Industriestaaten weltweit mit den höchsten Strompreis. Nur knapp 20 Prozent des Preises gehen dabei auf den reinen Marktmechanismus zurück, während 80 Prozent aus staatlichen Umlagen, Abgaben und Steuern sowie regulierten Netzentgelten resultieren. Die Folge: Die energieintensive Industrie investiert bereits seit Jahren weniger in Deutschland, als sie abschreibt. Die Substanz wird aufgezehrt. Ein Trend, der auch bei mittelständischen Unternehmen mehr und mehr zu beobachten ist. In einigen Märkten lassen sich massive Konzentrationsprozesse beobachten, so dass kleine und mittelständische Unternehmen kaum noch Chancen haben und der Wettbewerb ausgehebelt wird. Selbst die staatlich stark geförderte Solarbranche musste herbe Einschnitte und Umstrukturierungen verkraften, da die deut-

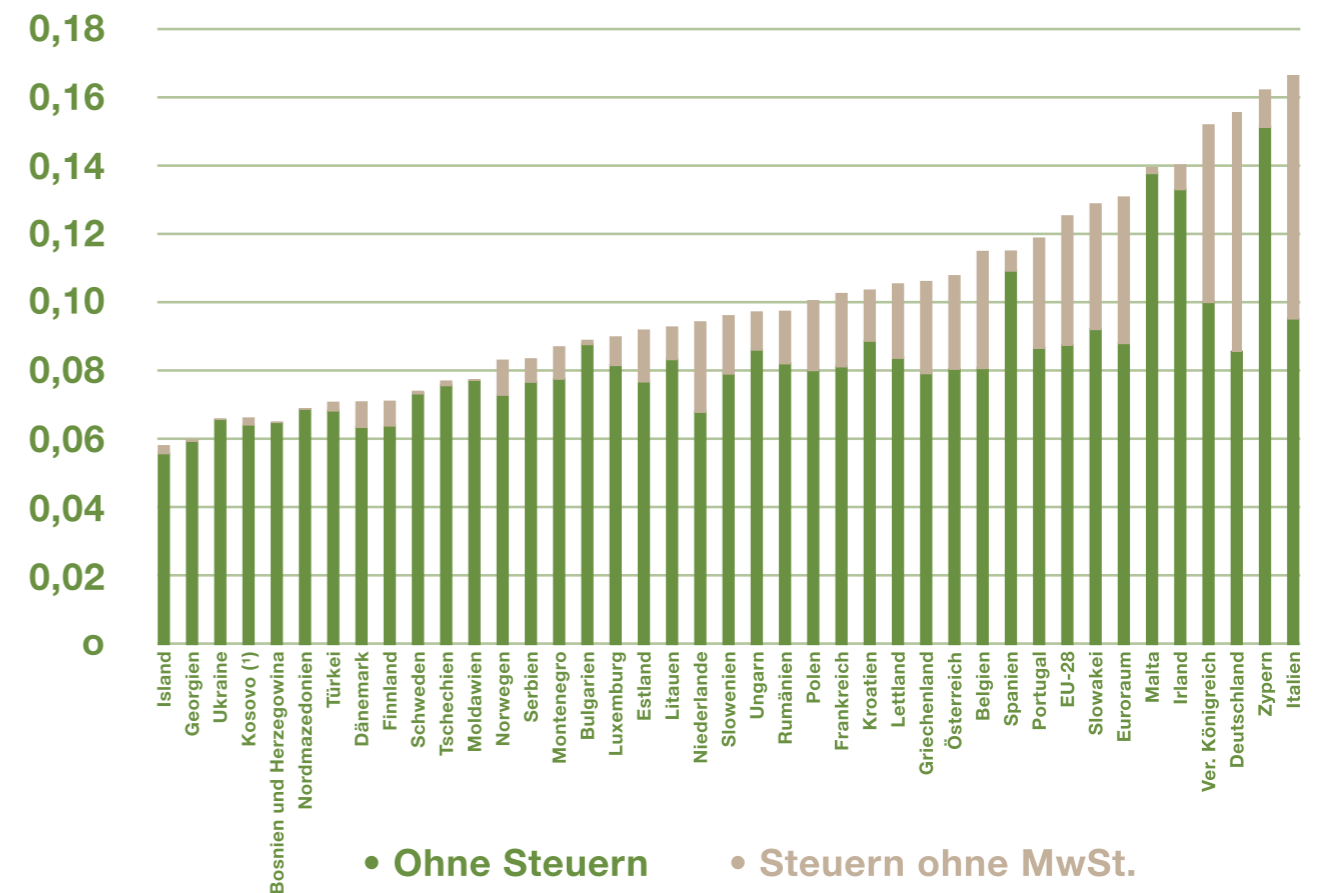
schen Modulproduzenten – wohlgemerkt trotz massiver Subventionen – nicht im globalen Wettbewerb mithalten konnten. Eine Folge eben dieser Subventionierung von Massenproduktion. Der Windkraft droht ein ähnliches Schicksal.

Die für die industriellen Familienunternehmen wichtige Versorgungssicherheit ist zwar noch hoch, doch gleichzeitig steigen die Befürchtungen und Erwartungen, dass dieses letzte Pfund der deutschen Energieversorgung mehr und mehr bröckeln könnte.

Das für die europäische und globale Wettbewerbsfähigkeit der industriellen Familienunternehmen entscheidende Preisniveau der Energieversorgung ist bereits jetzt eine immense Belastung für die heimische Industrie und produzierende Familienunternehmen. Deutschland belastet die eigenen Unternehmer und Verbraucher mit den weltweit mit höchsten Stromkosten, was noch stärker ins Gewicht fällt, wenn man die Betrachtung nicht losgelöst von den hohen Arbeitskosten und der hohen Steuerlast vornimmt.

Strompreise für Nichthaushaltskunden, erstes Halbjahr 2019

(in Euro je kWh)



Quelle: eurostat

Selbst die politischen Bekenntnisse zur Industrie sind irreführend, da mit den Entlastungsregeln bisher überwiegend größere Unternehmen adressiert wurden, als gezielte Überlebenshilfe. Die mittelständischen Familienunternehmen hingegen, die ebenfalls im scharfen globalen Wettbewerb und vor identischen Problemen stehen, wurden bisher weitgehend im Regen stehen gelassen.

Wir beobachten seit Jahren eine schleichende Deindustrialisierung. Es sind zwar eher wenige Betriebe, die vor Ort schließen und abwandern, aber gerade die standorttreuen und in der Region verwurzelten Familienunternehmen können Investitionen nicht mehr in

Deutschland tätigen, ohne ihre Wettbewerbsfähigkeit zu gefährden. Um Familienunternehmen überhaupt zu erhalten, müssen immer mehr Teile ins Ausland verlegt werden. (Siehe Abbildung »stat. Bundesamt« Seite 10).

Wo eine solche Politik endet, zeigt sich an den mitunter fast verzweifelten Versuchen Englands und Frankreichs, Industrieproduktion ins Land zurückzuholen.

Immerhin ist zu konstatieren, dass sich im sogenannten Klimapakete, das Ende 2019 von der deutschen Politik geschnürt wurde, ein Lerneffekt der Bundesregierung und der Regierungskoalitionen zu erkennen

⁸ https://www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/suchen-filter#b_start=0&c1=Energiewende

ist. In der grundsätzlichen Ausrichtung der Klima- und Energiepolitik wurde eine Kehrtwende vollzogen. Die Integration aller Sektoren in den europäischen Emissionshandel wurde als mittelfristiges Ziel ausgegeben. Dieser Weg hin zu einem marktwirtschaftlichen Instrument, das Klimaschutz garantiert, ist eine Abkehr von der bisherigen nationalen und planwirtschaftlichen Ausrichtung. Einige Aspekte des Paketes sind immer noch in der alten Logik verfangen, sollten jedoch mit der fortschreitenden Wirkdauer des Klimapaketes und der Integration aller Sektoren in den europäischen Emissionshandel zurückgefahren und abgeschafft werden. Insbesondere ist darauf zu achten, dass mit dem Übergang in den europäischen Emissionshandel bestehende Wechselwirkungen zu anderen Gesetzen beachtet werden, da ansonsten massive Belastungen für die deutsche Industrie geschaffen werden. Mit dem Ziel der Integration aller Sektoren in den europäischen Emissionshandel muss - beihilferechtlich abgesichert - eine Abschaffung nationaler Gesetze vorangetrieben werden. Das heißt: Abschaffung des EEG, also jeglicher Förderung per Gesetz von EE-Anlagen, damit einhergehend eine klare Ausrichtung auf Technologieoffenheit in allen Bereichen und ein Ende der Diskriminierung der Eigenstromversorgung auf allen Feldern. Es ist geradezu zwingend, während des Übergangszeitraumes keine Doppelbelastungen oder Rechtsunsicherheiten für die Unternehmen aufkommen zu lassen, die von mehreren Gesetzen und Systemen erfasst sind. Dem Wirtschafts- und Industriestandort Deutschland ist keinesfalls geholfen, wenn endlich der richtige Weg eingeschlagen wurde, aber die Industrie, die man schützen wollte, bereits abgewandert ist. Eine Belastung der Unternehmen, ohne dass diese eine Alternative hätten, wäre äußerst fatal.

Das Klimapaket 2019 (Maßnahmenpaket zur Erreichung der verbindlichen 2030 Klimaziele)

CO₂- Bepreisung:

- Ab 2021 erfolgt eine Bepreisung von Benzin, Heizöl und Erdgas, durch einen Festpreis für Verschmutzungsrechte von 25 Euro je Tonne. Bis zum Jahr 2025 jährlich schrittweise Erhöhung, ab 2026 Einstieg in Markt, vorerst mit Preiskorridor.
- Diese Bepreisung ist in erster Linie für Unternehmen relevant, die fossile Heiz- und Kraftstoffe nutzen, wobei im europäischen Emissionshandel erfasste Emissionen ausgeklammert sind.

Verkehr:

- **Die Pendlerpauschale steigt**
Ab 2021 sollen ab dem 21. Kilometer fortan 35 Cent pro Kilometer anstatt 30 Cent von der Steuer abgesetzt werden können (befristet bis zum 31.12.2026).
- **Billiges Bahnfahren**
Die Mehrwertsteuer auf Bahn-Tickets im Fernverkehr wird von 19 Prozent auf 7 Prozent gesenkt.
- **E-Auto Prämie**
Für Autos mit Elektro-, Hybrid- und Wasserstoff- /Brennstoffzellenantrieb unter 40.000 Euro soll eine höhere Kaufprämie fällig werden, auch die Dienstwagenbesteuerung wird für reine Elektrofahrzeuge von 0,5 Prozent auf 0,25 Prozent abgesenkt (Kaufpreis bis 40.000 Euro).

Heizen:

- **Austauschprämie**
Bei dem Austausch einer alten Ölheizung, für ein neues klimafreundliches Modell, sollen bis 40 Prozent der Umbaukosten vom Staat getragen werden.
- **Ölheizungsverbot 2026**
Ab dem Jahr 2026 sollen keine Ölheizungen mehr in Häuser verbaut werden, bei denen auch eine klimafreundlichere Variante möglich wäre.
- **Förderung von Gebäudesanierung**
Gebäudesanierungen die Energieeinsparungen bringen sollen, sollen steuerlich gefördert werden.

Ökostrom:

- **Senkung der EEG-Umlage**
Absenkung der EEG-Umlage (ursprünglich geplant 0,25 Cent in 2021, anschließend ansteigend, denn sollten die Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung weiter ansteigen, wird die EEG-Umlage stärker abgesenkt)
- **Ausbau regenerativer Stromerzeugung**
Um mehr Akzeptanz in der Bevölkerung zu bewirken, sollen fortan die Kommunen finanziell an den Windanlagen beteiligt werden + Abstandsregelung
- **Die Fördergeldbegrenzung für Photovoltaikanlagen soll ab 2021 behoben werden**
Abschaffung des sogenannten PV-Deckels

Politisch ist dieser Schritt jedoch ungeheuer wichtig. Denn das Klimapakett gibt die richtige Richtung vor, zeigt das richtige Ziel auf und skizziert einen Weg dorthin. Freilich ist dieser Weg ein Kompromiss der Regierungsfractionen und der politischen Akteure, der noch Verbesserungen und Verfeinerungen bedarf.

Das Bekenntnis zum Emissionshandel als Leitinstrument darf kein Lippenbekenntnis bleiben. Die CO₂-Bepreisung über das Instrument des Emissionshandels wird von politischen Akteuren oft als das dominante Lenkungsinstrument genannt. Und genau das ist auch richtig. Doch muss man dieses Instrument auch konsequent wirken lassen und dem Reiz widerstehen, den Emissionshandel mit nationalen und technologiespezifischen Förderprogrammen zu flankieren und somit zu konterkarieren. Eine CO₂-Einsparung wird sich von allein fördern, wenn sie günstiger ist als der Zertifikatspreis. Und eine kaum zu realisierende teurere CO₂-Einsparung – zum Beispiel in der Industrie – kann über den Kauf eines Zertifikats aus einer günstigen Einsparung kompensiert werden und wird somit die Verbraucher – ganz gleich ob privat oder gewerblich – nicht über Gebühr belasten.

Genau das garantiert wirksamen Klimaschutz zu niedrigen Preisen – allerdings nur, wenn die entsprechenden Schritte konsequent vollzogen und international ausgerichtet werden. Dazu bedarf es allerdings auch der Unterstützung der nationalen Parlamente.

Denn nationale Instrumente wie das EEG müssen konsequent zurückgefahren und aufgegeben werden. Erneuerbare Energien sind nach Aussagen der Branchenvertreter wettbewerbsfähig. Eine nationale Privilegierung verbietet sich in jedem Falle. Das EEG muss abgeschafft werden.

Ohne Zweifel muss auch der Netzausbau auf europäischer Ebene vorangetrieben werden. Das ist die Voraussetzung, um auch die Versorgungssicherheit europäisch zu sichern.

Symbolpolitische Schritte, wie der nationale Kohleausstieg in Deutschland, führen zu volkswirtschaftlich überflüssigen Extrakosten – in diesem Fall bis zu 100 Milliarden Euro – ohne dadurch dem europäischen Klimaschutzziel wirklich näher zu kommen. Den dieses Ziel wird ja bereits über die Reduktion der Emissionszertifikate erreicht.

Verbote bestimmter Technologien sind ebenfalls kontraproduktiv, da auch diese die Funktionsweise des Emissionshandels zum Teil konterkarieren.

Vor allem aber muss dem bisherigen grundsätzlich nationalen und sektoralen Fokus abgeschworen werden. Diese Grundvoraussetzung und das Umdenken der politischen Akteure diesbezüglich ist existenziell für das Gelingen dieses ambitionierten Vorhabens. Dem Klima ist es völlig egal, ob ein Windpark in Deutschland oder zum Beispiel der Ukraine steht. Dem Klima ist es auch völlig egal, ob eine Tonne CO₂ im Verkehrssektor oder im Energie-, Gebäude- oder Industriesektor eingespart wird.

Nicht egal ist dagegen, was diese Einsparung kostet. Deutschland leistet sich absurd hohe Kosten mit wenig Ertrag fürs Klima. Denn wenn die Entscheidung fallen muss, ob eine Tonne CO₂ für 1.000 Euro eingespart wird, wie es zum Beispiel in der E-Mobilität der Fall ist, oder ob diese 1.000 Euro für die Einsparung von 40 Tonnen CO₂ genutzt werden – zum Beispiel im Strom oder Gebäudesektor – dann sollte klar sein, welche Option die bessere ist. Für den Verbraucher und umso mehr noch für Klimaschützer.

Ein wirksamer Emissionshandel garantiert das Erreichen des Klimaschutzziels zu den geringstmöglichen Kosten. Das setzt aber auch das Loslassen der politischen Entscheider von der Vorstellung der politischen Lenkung voraus.

Der Emissionshandel sorgt dafür, dass Ölheizungen da ausgetauscht werden, wo dies kostenwirksam CO₂ einspart, während andere Ölheizungen noch lange weiterbetrieben werden. Der Emissionshandel kann auch zur Folge haben, dass Kohlekraftwerke noch lange für die Versorgungssicherheit produzieren, aber mit wenigen Stunden und wenig CO₂-Ausstoß. Der Emissionshandel könnte ebenfalls dafür sorgen, dass der Verbrennungsmotor noch Jahrzehnte fortbesteht, weil die dafür notwendigen Zertifikate aus sehr viel wirksameren Klimaschutzinvestitionen in anderen Teilen der Welt stammen.

Weil ja die Menge der Emissionszertifikate an das Klimaschutzziel gebunden ist, gefährdet all das in keiner Weise das Klimaschutzziel. Genau das ist das entscheidende Kriterium und das worauf es ankommt!

Die Integration des bisher nationalen deutschen Emissionshandelssystems in den europäischen Emissionshandel und die Ausweitung auf alle Sektoren ist also zuallererst eine Frage des politischen Willens und des Vertrauens in den Markt, in die handelnden Akteure und die Tüftler, Ingenieure und in die Innovationsanreize eines Preissignals.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern, sich von staatlichen Interventionsspiralen, ministerialer Steuerung und politischer Klientelpolitik zu verabschieden.

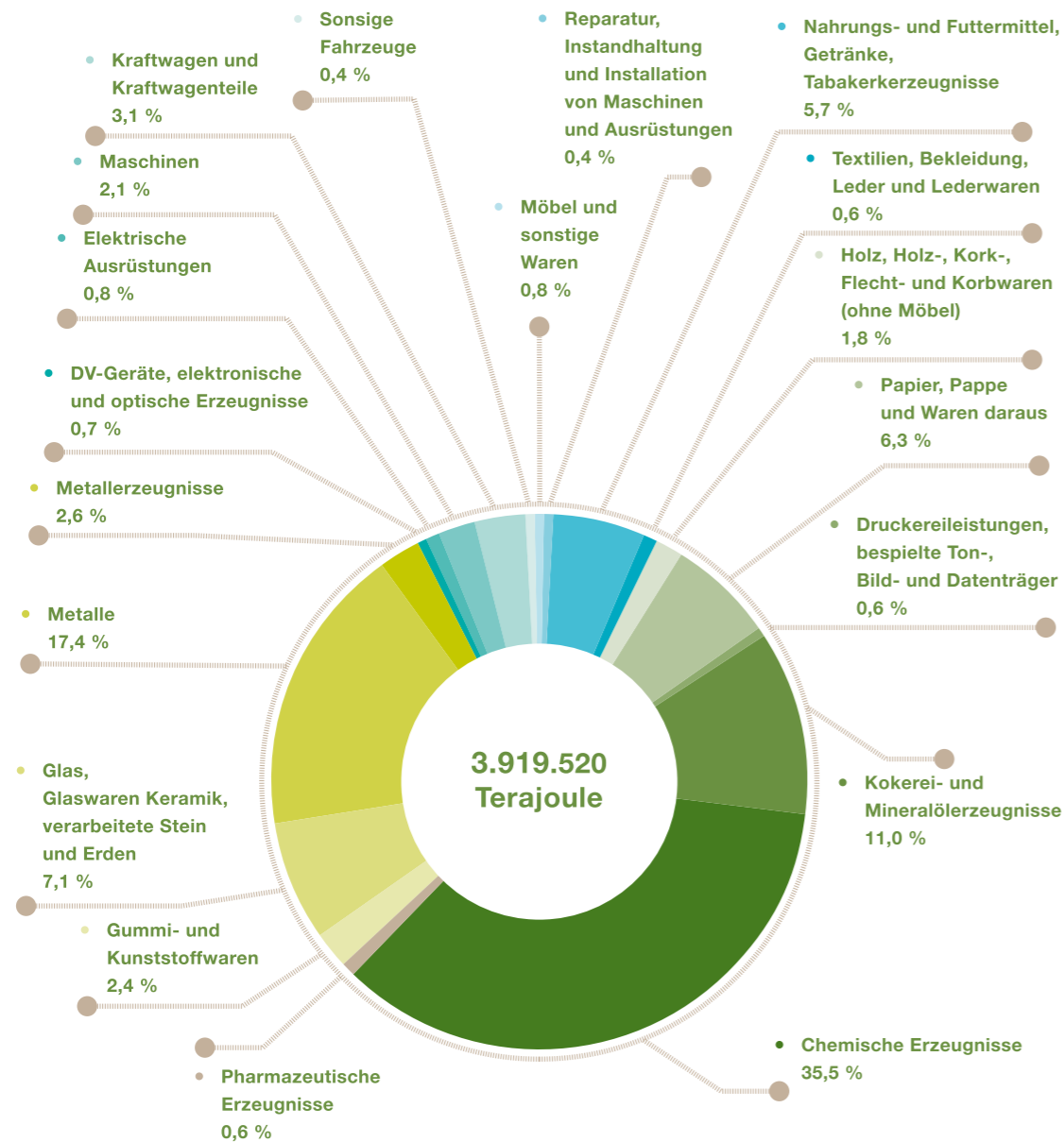
Sollte dieser Wille in Wirtschaft, Gesellschaft und vor allem auf politischer Ebene reifen, dann ist die Vision eines klimaneutralen Europas immer noch eine große Herausforderung, aber eine machbare Herausforderung, die auch den Industrie- und Wirtschaftsstandort erhält. Und folglich auch Bürger und vor allem Unternehmen nicht zu stark belastet.

3. Innovative europäische Industrie als Garant für globalen Klimaschutz

Industrie und Klimaschutz – das wird oft als Gegensatz empfunden. Das Gegenteil ist der Fall. Eine starke europäische Industrie ist vielmehr ein Garant für globalen Klimaschutz. Und das gleich auf mehreren Ebenen. Um diese Industrie zu erhalten ist permanent verfügbare Energie lebensnotwendig – und somit auch eine Im-

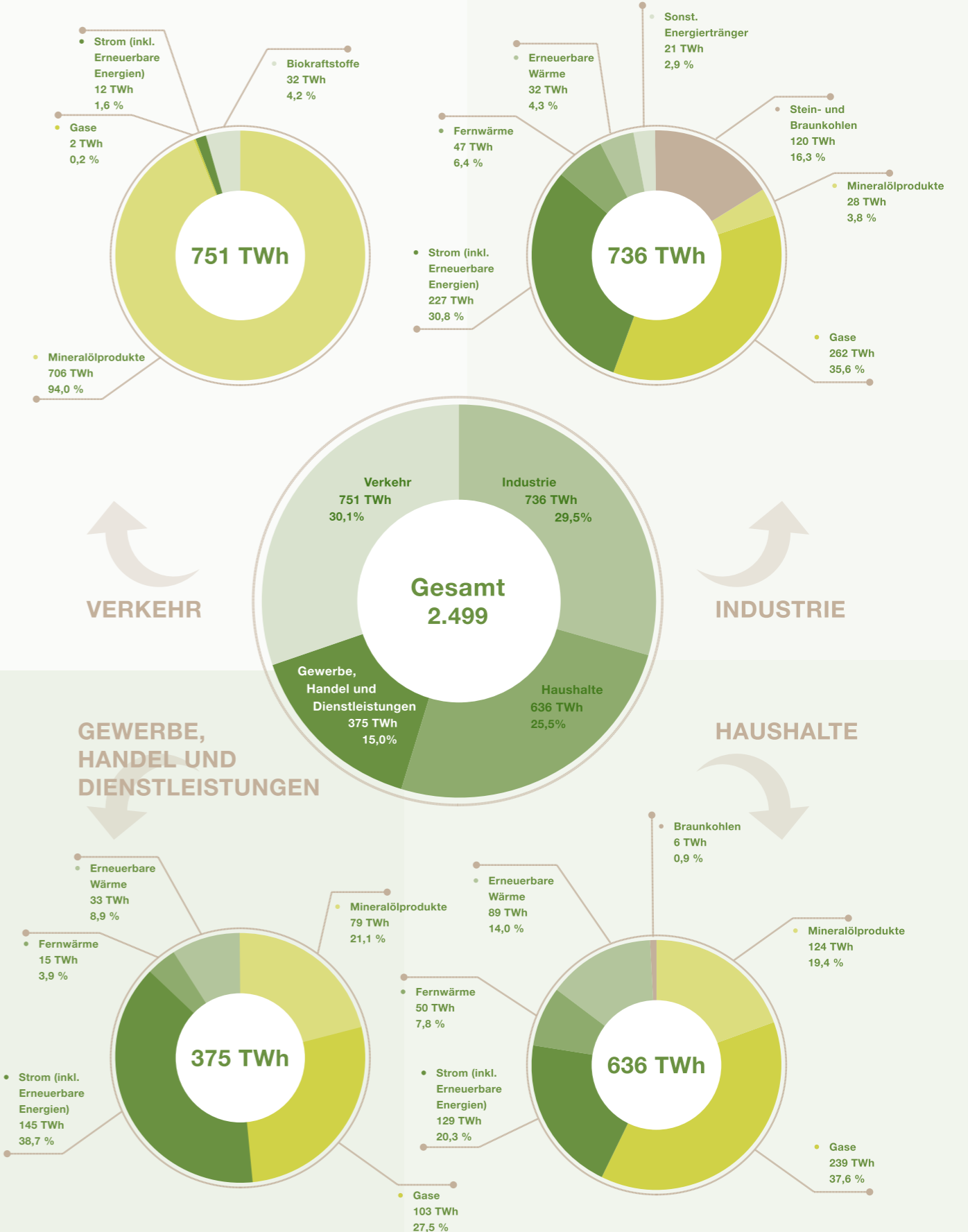
portstrategie für Energie. Den Energiebedarf der Industrie wird man jedenfalls nach allen bekannten Informationen keinesfalls mit der Produktion regenerativen Stroms auf heimischen Boden befriedigen können.

Anteile der Sektoren am Primärenergieverbrauch des verarbeitenden Gewerbes 2015



Quelle: Statistisches Bundesamt 2017, Umweltnutzung und Wirtschaft - Tabellen zu den Umweltökonomischen Gesamtrechnungen

Endenergieverbrauch 2018 nach Sektoren und Energieträgern



Quelle: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft

1

weltweit ungebrochene Nachfrage

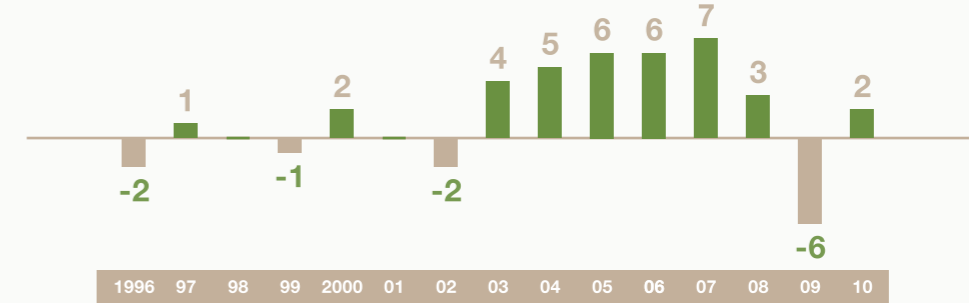
Zum einen besteht weltweit eine Nachfrage nach Produkten, die in industriellen Betrieben hergestellt werden. In vielen verschiedenen Ländern bemühen sich Unternehmen im globalen Wettbewerb mit ihren Produkten diese Nachfrage zu befriedigen. Es ist absehbar, dass die Nachfrage nach diversen Gütern, die in den Industriestaaten zum Alltag gehören, massiv zunehmen wird. Denn mit den Erfolgen in Sachen wirtschaftlicher Prosperität in den Schwellen- und Entwicklungsländern ist die dortige Bevölkerung vielfach in der Lage, einen für sich völlig neuen

Wohlstand zu generieren. Das beginnt mit dem Zugang zu einer stetigen Energieversorgung bis hin zu erschwinglicher Individualmobilität, mehr Wohnraum und häufigem Fleischgenuss.

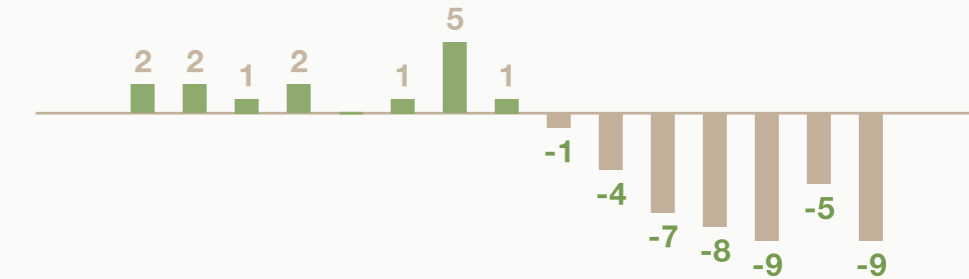
Unter dieser Prämisse ist es nur logisch, dass die produzierten Güter auch weiterhin gefragt sind und produziert werden. Die Frage ist nur, wo? Die europäische und insbesondere die deutsche Industrie unterliegt - im globalen Vergleich - sehr scharfen und strikten Umweltauflagen und produziert so effizient wie kaum eine andere Industrie der Welt.

Energieeinsatz der deutschen Industrie in Prozent

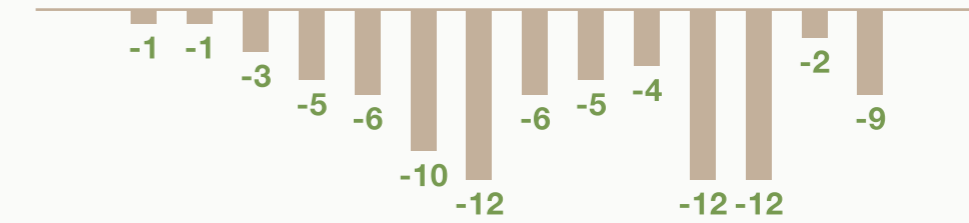
So hat sich der Energieverbrauch der Industrie in Deutschland gegenüber 1995 tatsächlich entwickelt.



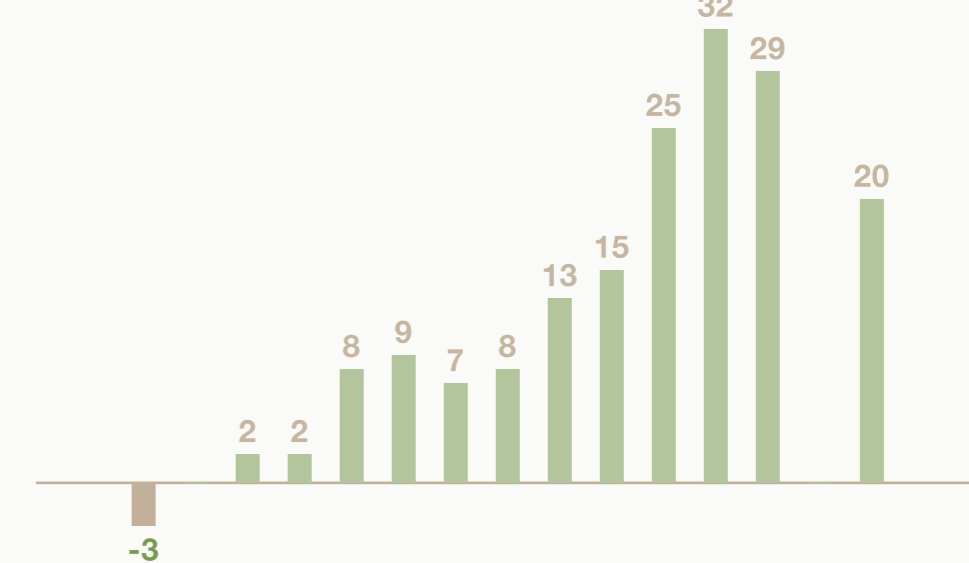
So hätte sich der Energieverbrauch der Industrie in Deutschland gegenüber 1995 entwickelt aufgrund...



... des Intensitätseffekts, weil z.B. technischer Fortschritt zu einem geringeren Energieverbrauch führt.



... des Aktivitätseffekts, weil z.B. mehr produziert wird.



Industrie: Ohne Energieumwandlung; Ursprungsdaten: Statistisches Bundesamt

Dieses Potenzial gilt es zu nutzen. Erfolgreiche europäische und deutsche Industrieunternehmen, die im globalen Wettbewerb bestehen können, sorgen somit mittelbar für global weniger CO₂-Ausstoß, als dies in einem Vergleichszenario der Fall wäre, wenn sie ihre Produktion ins außer-europäische Ausland verlagerten.

2 Innovativ und effizient

Darüber hinaus ist die heimische Industrie auch sehr innovativ, stark verzahnt mit den Hochschulen und ökologisch-nachhaltig aufgestellt. Wohl kaum eine Industrie der Welt stößt so viele Forschungsvorhaben an, engagiert sich in nachhaltigen und umweltschonenden Produktionsprozessen und arbeitet an CO₂-Minimierungen. Viele Preisverleihungen und freiwillige Initiativen zeigen, wie innovativ und vorausschauend die deutsche Industrie agiert. Als Beispiele lassen sich die Preisträger des deutschen Umweltpreises heranziehen ebenso wie das große Engagement in Energieeffizienznetzwerken. Viele Unternehmen engagieren sich in freiwilligen Projekten, um ihre CO₂-Emissionen zu kompensieren und arbeiten bereits de facto CO₂-neutral. Darüber hinaus kauft die deutsche Industrie bereits heute bewusst und in massiven Umfang Strom aus erneuerbaren Energien, um den Wandel zu einer klimaschonenden Wirtschaftsweise zu forcieren.

Auch werden die gängigen Energieeffizienzinstrumente sehr stark angenommen – zum Beispiel die Energiemanagementsysteme – auch von Unternehmen, die das nicht müssten. Anbieter von Serviceleistungen zur CO₂-Neutralisierung oder Einsparung florieren, aufgrund der Nachfrage von Industrieunternehmen. Darüber hinaus entstehen immer mehr freiwillige Aktivitäten und Zusammenschlüsse, die an einer zunehmend energieeffizienten Produktion arbeiten.⁹

3 Einfluss auf globale Lieferketten

Insbesondere deutsche, aber auch andere europäische Unternehmen versuchen im Rahmen ihrer Möglichkeiten auch Einfluss auf die globalen Lieferketten – mithin auf ihre Lieferanten – zu nehmen. Sie engagieren sich zum Beispiel in freiwilligen Initiativen, die im Handel und bei Vorlieferanten auf ökologische – aber zum Beispiel auch auf soziale – Faktoren achten und nicht nur auf die Gewinnoptimierung abzielen.¹⁰ Insbesondere auch deutsche Unternehmen sind hier sehr stark engagiert.

Auch durch die Präsenz deutscher Niederlassungen in anderen Staaten der Welt wird das dortige Niveau an Standards in den verschiedenen Feldern angehoben, wie Studien zeigen¹¹.

Kurzum: In Deutschland ansässige Unternehmen sind nicht nur ein Pfund für den hiesigen Industriestandort, sondern initiieren über verschiedene Kanäle auch global Vorteile in ökologischen und sozialen Aspekten.

⁹ <https://www.effizienznetzwerke.org>

¹⁰ <https://www.amfori.org/content/vision-mission-and-values>

¹¹ https://econsense.de/app/uploads/2018/06/econsense-Studie_Nachhaltigkeit-durch-Präsenz_Summary_2015.pdf

Gastkommentar

Kein Land ist international mit seinen Produktionskapazitäten so über die Welt verteilt wie die deutsche Industrie! Dabei nahm alles seinen Ursprung im Zeitalter der anschwellenden Industrialisierung, als aus kleinen Schmieden Werkzeugmacher, Maschinenbauer und schließlich Autobauer, aus örtlichen Apotheken und Färbereien Pharmazie- und Chemiekonzerne und aus Tuchhändlern Textilfabrikanten und Internethändler wurden. Der Ursprung des Hamburger Familienunternehmens Worlée lag im Gewürzhandel. 1851 wurde die E.H. Worlée & Co. als Importeur von natürlichen Lackrohstoffen gegründet. Hieraus hat sich ein international vernetzter Händler und Produzent für Rohstoffe für die Lack-, Kosmetik-, Pharma- und Nahrungsmittelindustrie mit einem weltweiten Vertriebsnetz entwickelt. Dieses sind nur einige Beispiele für erfolgreiches deutsches Unternehmertum, denen allen gemein ist, dass sie bald aus den eigenen Schuhen herausgewachsen, aus der Provinz in die Stadt, aus der Stadt ins Land und vom Land in die Welt gezogen sind, um ihren innovativen Produkten neue Absatzmöglichkeiten zu verschaffen.

Dabei waren die Unternehmen so erfolgreich, dass die Bedarfe in den verschiedenen Regionen der Erde von den heimischen Produktionsstätten nicht mehr ausreichend bedient werden konnten. Was lag näher als die Verfahren und Produktionsanlagen in die Absatzregionen zu verlagern, um die Produkte näher und auch noch preisgünstiger den Kunden zur Verfügung zu stellen? Damit exportierte man aber nicht nur Produktions-Know-how, sondern nahm auch die eigene Kultur, die Arbeitsweise und den Umweltschutz mit in diese Länder. Bei der Worlée NaturProdukte GmbH beziehen wir unsere Rohstoffe aus allen Teilen der Welt und erarbeiten mit unseren überseeischen Lieferpartnern gemeinsame Anbauprojekte als Voraussetzungen für höchste Qualitätsstandards der importierten Rohstoffe. Dabei engagieren wir uns auch für angemessene soziale und ökologische Rahmenbedingungen entlang der Wertschöpfungskette, um eine nachhaltige ökonomische Entwicklung der Produzenten in den Ursprungsländern zu fördern. Durch Nachahmung und Weiterentwicklung der Produkte und Prozesse entstand in zahlreichen, ursprünglich verarmten Regionen ein rasantes Wachstum zu Schwellenländern und letztlich zu entwickelten Industrieländern und einer lohnkostengetriebenen, internationalen Arbeitsteilung. Man begnügte sich schließlich nicht damit, die für die eigenen Regionen bestimmten Waren und Dienstleistungen nur dort abzusetzen, sondern erkannte sehr schnell die Vorteile der globalen Weltwirtschaft für die eigenen unternehmerischen Ambitionen.

Besonders befördert wurde diese Entwicklung durch eine immer ausgefeiltere, leistungsfähigere und damit preisgünstigeren Logistik, die es erlaubt, Waren für kleines Geld weltweit zu vermarkten. Wenn man heute das gleiche Antibiotikum in Berlin, Shanghai oder New York kaufen kann oder das gleiche Auto in Buenos Aires, Rom oder in Tokio, dann ist das Ausdruck dieser weltweit vernetzten arbeitsteiligen Produktions- und Absatzkultur, durch welche es gelungen ist, Milliarden Menschen aus ländlicher Armut in gesunde Lebensumstände zu bringen und weltweit eine schnell

wachsende Mittelschicht entstehen zu lassen. Dies geschah so erfolgreich, dass die Menschheit rasant zu wachsen begann und nicht nur die reichen Länder dieser Erde sich Konsum leisten konnten, sondern auch eine schnell wachsende Mittelschicht in den Schwellenländern ebenfalls danach strebt, ihre materiellen Bedürfnisse über das Lebensnotwendige hinaus befriedigen zu können. Das führte nicht nur zu einem enormen Ressourcenverbrauch, sondern auch zu einer zunehmenden Umweltverschmutzung und vor allem zu klimaschädlichen Abgasemissionen, die uns der Gefahr aussetzen, binnen einer Generation die Erde zu überhitzen und in weiten Regionen unbewohnbar zu machen.

Heute ist es erneut wichtig, dass sich deutsches Unternehmertum und Erfindergeist auf den Weg machen, diese Probleme zusammen mit anderen Ländern zu lösen. Unsere bisherigen Ansätze waren zu zentralistisch und staatsdirigistisch, um erfolgreich zu sein. Deshalb ist es erneut wichtig, unsere Ingenieursbegabung und Inspiration dafür zu nutzen, unseren Beitrag für eine klimaneutrale Industrieproduktion zu leisten. Bei Worlée wollen wir die große Chance nutzen, gemeinsam Produkte und Anwendungen zu entwickeln, die entlang der gesamten Wertschöpfungskette – angefangen bei der Verwendung erneuerbarer Rohstoffe über die CO₂-Bilanz bis hin zum Recycling – einen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz leisten. So ist die Worlée-Chemie aktives Mitglied in der Klimaschutz- und Energie-Effizienzgruppe der Deutschen Wirtschaft. Durch einen ganzheitlichen und systematischen Ansatz wollen wir weltweit die Nachhaltigkeit bei unseren Lieferanten und Kunden sichern und leisten so einen Beitrag, um die hohen deutschen Standards im Klima- und Umweltschutz und auch soziale Standards in die Welt zu exportieren. Je mehr Freiheiten den Unternehmen dabei eingeräumt werden und je günstiger erneuerbarer Strom diesen für die Produktion ihrer Güter und die Speicherung von Reservekapazitäten zur Verfügung gestellt werden kann, umso größer ist die Chance, dass wir unsere Klimaziele erreichen.

Den Politikern aller Länder, kommt dabei die wichtige Aufgabe zu, die Unternehmen bei dieser wichtigen Mission zu unterstützen und nicht wie bisher durch immer neue Gesetze und Auflagen an ihren Entwicklungen zu behindern. Ganz ohne Selbstbeschränkung wird es allerdings nicht gehen. So wie wir uns während der Corona-Krise daran gewöhnt haben, weniger zu reisen, so können wir uns auch daran gewöhnen, weniger Fleisch zu essen und weniger Müll und auch weniger Abgase zu produzieren. Solange Politiker aber mit dicken Emissionsschleudern durch ihre Hauptstädte fahren, wird ihnen die Bevölkerung dabei aber kaum folgen.

Reinhold von Eben-Worlée | Geschäftsführender Gesellschafter
E.H. Worlée & Co. (GmbH & Co.) KG



4

Das Wohlstandsargument als Vorbild und Anreiz zum Nachahmen

Weltweit bemühen sich Staaten um den Aufbau industrieller Wertschöpfungsketten. Klimaschutz spielt insbesondere

in Schwellen- und Entwicklungsländern häufig eine noch untergeordnete Rolle. Den Bürgern und folglich auch der Politik geht es in diesen Staaten um den Aufbau von Wohlstand oder um die Befriedigung elementarer menschlicher Bedürfnisse.

Wenn Deutschland und Europa Vorbild in Sachen Klimaschutz sein wollen und andere Staaten animieren möchten, diesem Weg zu folgen, dann ist es geradezu zwingend, die Industrie in Deutschland und Europa stark und wettbewerbsfähig zu halten.

Sollte die bereits bestehende schleichende Deindustrialisierung weitergehen, dann werden Schwellen- und Entwicklungsländer eben nicht bereit sein, den Aufbau von Wohlstand, industriellen Wertschöpfungsketten und wirtschaftlichem Wachstum dem Risiko einer »Energiewende« auszusetzen. Vielmehr werden sie zurückschrecken und sich mehr auf die ökonomische Prosperität beschränken. Auch die Bürger dieser Staaten werden dem Klimaschutz viel eher ihre Stimme geben, wenn sie dadurch keine finanziellen Einbußen zu erwarten haben, die weit gravierendere Folgen für diese Menschen hätten als in Europa oder anderen industrialisierten Staaten.

Kurzum: Staaten werden nur dann Klimaschutzmaßnahmen ergreifen, wenn diese die bestehende Industrie und die industrielle Entwicklung nicht gefährden. Darüber hinaus spielt auch der Erhalt bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen eine gravierende Rolle für bereits industrialisierte Staaten, aber insbesondere auch für Schwellen- und Entwicklungsländer. Daher ist es für Deutschland im Besonderen bei der Umsetzung des European Green Deal erforderlich, dass intelligenter Klimaschutz betrieben wird. Die Maßnahmen müssen natürlich die ökologischen Ziele erreichen. Gleichzeitig müssen aber die ökonomische Sphäre und hier die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen mehr Beachtung finden. Europa hat mit dem europäischen Emissionshandel ein Instrument etabliert, das marktwirtschaftlich die bestmögliche Kombination aus Ökologie und Ökonomie realisiert. Die deutsche Politik hingegen muss noch viele Reformen umsetzen, um auf diesen Weg einzuschwenken. Das Klimaschutzpaket hat den Zug zumindest auf das richtige Gleis gesetzt. Nun muss er nur noch beschleunigt werden.

4. Der Weg vom nationalen Klimapaket zum Europäischen Emissionshandel ist ökologisch und ökonomisch zwingend

Mit Beginn des Jahres 2021 werden aus deutscher Sicht höchstwahrscheinlich zwei Systeme existieren, um dem Klimawandel zu begegnen.

Das eine ist das europäische Emissionshandelssystem, das europaweit eine CO₂-Menge definiert, diese Menge in Zertifikaten an die Marktteilnehmer (teilweise) versteigert und den Handel erlaubt, um über diesen die kostengünstigsten Potenziale zu heben und so Klimaschutz zu den volkswirtschaftlich geringstmöglichen Kosten zu realisieren. Dieses System ist anlagenbasiert. Das heißt, die CO₂-Emissionen werden erst an der Anlage erfasst, welche tatsächlich das CO₂ ausstößt.

Der deutsche nationale Emissionshandel hingegen erfasst die CO₂-Emissionen beim sogenannten »Inverkehrbringer« also demjenigen Wirtschaftssubjekt, welches als erstes auf dem Staatsgebiet Deutschlands mit dem Brennstoff handelt. Die CO₂-Menge lässt sich – unabhängig von der Anlage – leicht berechnen. Die Zertifikatepreise werden direkt an der Quelle erfasst und von dort durch die gesamte Wertschöpfungskette weitergereicht.

Der zweite Ansatz, also ganz am Anfang der Wertschöpfungskette anzusetzen, hat einen enormen Vorteil auf der Ebene der Bürokratie, da nur wenige Unternehmen am Markt teilnehmen, die Mengen klar abgegrenzt werden können und durch die Weitergabe der Preise keine Nachweispflichten bei den Verbrauchern entstehen. Allerdings bringt das den großen Nachteil mit sich, dass Unternehmen, die keine wirtschaftlichen Optionen zur CO₂-Reduktion haben, die Kosten schlucken müssen und nicht mehr wettbewerbsfähig sein können.

Der anlagenbasierte Ansatz hingegen hat den Vorteil, durch die hohe Anzahl an Marktteilnehmern und Anlagen mehr Optionen parat zu halten und somit auch

mehrere Möglichkeiten zur Minderung zu bieten. Das Innovationspotenzial dürfte hier größer sein. Darüber hinaus können innovative Unternehmen und CO₂-arme Unternehmen profitieren. Unternehmen, die kaum oder nur sehr teuer einsparen können, könnten Kompensationsprojekte nutzen.

Ein erster Schritt muss also darin bestehen, sich auf eine Systematik festzulegen, die auch aus einem Mischsystem bestehen kann. Ein rein anlagenbasiertes System würde de facto dazu führen, dass auch Konsumenten ihre CO₂-Emissionen nachweisen müssten, was kaum handhabbar wäre. Um die Vorteile beider Systeme zu vereinen, wäre als ein Abgrenzungskriterium zum Beispiel die Definition bestimmter Anlagengrößen denkbar, die dann als fiktiver Letztverbraucher/CO₂-Emittent definiert werden könnten, auch wenn weitere Schritte in den Wertschöpfungs- und Verbrauchsketten folgen.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER regen an, diese Fragen durch wissenschaftliche Expertise zu klären, die Vor- und Nachteile auslotet und einen ökonomisch nachhaltigen Weg aufzeigt. Die ökologische Effektivität ist in beiden Systemen gegeben.

In jedem Fall muss, um die Systeme zusammenzuführen, eine Option identifiziert und eine entsprechende Festlegung mit den europäischen Mitgliedsstaaten abgestimmt werden.

Dabei ist es von großer Bedeutung, den bürokratischen Aufwand für die Verbraucher gering zu halten, um die Akzeptanz des Systems zu sichern. Eine Ausgestaltung, die Hausbesitzer und Autofahrer zwingt, »ihre« CO₂-Zertifikate zu kaufen, dürfte kaum auf Akzeptanz stoßen. Ebenso wäre ein System, in dem der Inverkehrbringer die Kosten auf industrielle Unternehmen überwälzt, ohne dass diese etwas dagegen tun können, undenkbar, da dies nahezu zwingend zur

Abwanderung der Industrie führen würde. Daher ist es so ungemein wichtig das System präzise auszugestalten und auch Kompensationsmechanismen und Ausweichoptionen einzubeziehen. Eine rücksichtslose Belastung von industriellen Unternehmen, die in der Kürze der Zeit keine Optionen haben, sich anzupassen oder Emissionen zu kompensieren, ist in jedem Falle kontraproduktiv – ökologisch wie ökonomisch.

Die Festlegung der Gesamtmenge der Zertifikate innerhalb der europäischen Union dürfte relativ einfach sein und entsprechend den Zielen des Pariser Klimaschutzabkommens ausgestaltet werden bzw. die bilanzielle Klimaneutralität der europäischen Union im Jahr 2050 anpeilen.

Im Rahmen einer auch ökonomisch nachhaltigen Klimapolitik müssen zudem ebenso Entlastungen der industriellen Familienunternehmen, der energieintensiven Großunternehmen und des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes innerhalb der europäischen Union mitgedacht und im Beihilferecht implementiert werden. Dazu muss eine stichhaltige und nicht zu eng gefasste Definition der Wettbewerbssituation der Unternehmen im globalen Umfeld die Grundlage bilden. Entsprechend müssen dann auch – europaweit einheitlich – kostenlose Zertifikate zugeteilt werden, um die europäische Industrie im globalen Wettbewerb nicht zu benachteiligen. Die Benchmark für die kostenlose Zuteilung sollte ebenfalls neu diskutiert werden, um industrielle Wertschöpfungsketten in Europa zu erhalten. Eine protektionistische »Carbon Border Tax« dürfte ebenso gravierende volkswirtschaftliche Nachteile nach sich ziehen wie eine Nicht-Entlastung der Industrie und der produzierenden Familienunternehmen. Beide Varianten werden über die dann fehlende Wettbewerbsfähigkeit die Abwanderung von Unternehmen beschleunigen, Arbeitsplatzverluste mit sich bringen und somit fehlende Steuereinnahmen und Sozialabgaben nach sich ziehen, was auch die Staaten der EU vor Probleme stellen wird.

Vor allem sind aber auch die Nationalstaaten gefordert, parallel zur Implementierung eines europaweiten und sektorübergreifenden Emissionshandels auch nationale Instrumente, Steuern und Abgaben abzubauen, da diese das System des Emissionshandels ökologisch nicht verbessern, ökonomisch jedoch konterkarieren. Dabei müssen die Wechselwirkungen zwischen den Instrumenten bedacht und sensibel geprüft werden, da diese mitunter zu gravierenden Mehrbelastungen industrieller

Familienunternehmen führen. Beim Übergang vom Status Quo zum Emissionshandel müssen daher zwangsläufig Regelungen abgebaut werden bzw. Übergangsregelungen geschaffen werden, damit die europäische Industrie nicht abgewandert ist, bevor das Ziel erreicht ist. Technologieverbote, Förderinstrumente und auch Doppelregulierungen über CO₂-Grenzwerte sind kontraproduktiv, bewirken ökonomische Verzerrungen und hemmen Innovationsprozesse. Die Nationalstaaten sind entsprechend aufgefordert, diese nationalen Sonderwege aufzugeben.

a) Der European Green Deal

Der European Green Deal ist eine Strategie der europäischen Union, die noch in den Startlöchern steht. Bisher handelt es sich um eine Erklärung mit anzupackenden Punkten, grob skizzierten Instrumenten und vor allem teils herausfordernden Zielstellungen. Diese sollen in den Jahren 2020 und 2021 in Strategien und Gesetzgebungsvorhaben gegossen werden. Damit soll der Grundstein für den Weg hin zu einem klimaneutralen Europa im Jahr 2050 gelegt werden.

Grundsätzlich lässt sich eine endgültige Bewertung des Green Deal erst mit den konkreten politischen Schritten und rechtlichen Rahmenbedingungen vornehmen. Zu viele Maßnahmen des Fahrplans sind noch viel zu vage. Da häufig die Details entscheiden, wie ein Gesetz oder eine Richtlinie sich vor allem auf der betrieblichen Ebene auswirkt, kann die Wirkungsweise des Green Deal noch nicht beurteilt werden.

Fest steht aber schon jetzt, dass der European Green Deal wohl eines der größten Programme ist, die in der europäischen Union jemals vollzogen wurden. Richtig angepackt kann der Green Deal die Grundlage für einen nachhaltigen und wirtschaftlich zukunftsfesten Standort Europa sein. Andererseits birgt der Prozess auch die ein oder andere Gefahr – insbesondere bei bürokratischer oder ideologisch motivierter Umsetzung und unter dem Gesichtspunkt der Wechselwirkungen mit nationalen Instrumenten und Gesetzen.

Das beginnt schon mit der Zielstellung der Klimaneutralität. Dieses Ziel dürfte nach allem heute Bekannten nur bilanziell erreicht werden. Insbesondere im Bereich der Industrie (Prozessemissionen), aber auch im Bereich der Stromversorgung dürfte ein vollständiger Verzicht auf den Ausstoß von Treibhausgasen in allen

Ländern Europas kaum realistisch sein. Daher gilt es, diesen Ansatz in einem internationalen Fokus zu setzen, mindestens europäisch umzusetzen und Kompensationen zuzulassen, um die letzten Tonnen CO₂-Ausstoß zu neutralisieren. (Einfache Beispiele wären hier der Export energieeffizienter deutscher Technologie oder die Aufforstung.)

Ein, wenn nicht der, elementare Baustein des europäischen Grünen Deals ist die Weiterentwicklung und Ausweitung des Emissionshandels auf alle Sektoren. Diese Stoßrichtung gilt es ausdrücklich zu begrüßen. Kein Klimaschutzinstrument der Welt ist so erfolgreich wie der europäische Emissionshandel. Er ist das einzige Instrument, das garantierten Klimaschutz zu geringstmöglichen Kosten realisiert. Hier liegt die Kommission goldrichtig, was die Wahl des richtigen Instruments angeht. (Siehe Abbildung Seite 15)

Der Emissionshandel bietet nicht nur garantierten Klimaschutz, sondern diesen auch zu niedrigsten Kosten. Wegen des Handels mit Zertifikaten suchen alle Akteure nach den besten und günstigsten Minderungspotenzialen. Ferner bietet das System durch eben diesen Handel auch Ausweichmöglichkeiten für diejenigen, die ausschließlich teure Minderungspotenziale haben.

Aber es gibt noch einen weiteren wichtigen Punkt: Der Emissionshandel ist über viele Mechanismen globalisierungsfähig und bietet somit eine Perspektive für wirklich globalen Klimaschutz.

Die Festlegung der EU-Kommission, einen wenigstens europaweiten sektorenübergreifenden Emissionshandel zu etablieren, ist folglich der wichtigste Punkt des gesamten Deals – und absolut richtig.

Ein großer Fehler wäre es aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER, dieses Instrument mit einem Grenzsteuerausgleich zu flankieren. Neben diversen praktischen Problemen und Diskriminierungen, die dieses Zollregime initiieren würde, birgt es die Gefahr von mehr Protektionismus und Handelskriegen. Aus Sicht von DIE FAMILIENUNTERNEHMER ist es daher wesentlich zielführender, die betroffenen Industrien angemessen mit kostenlosen Zertifikaten zu versorgen und nationale Instrumente und Belastungen abzubauen.

en. Innereuropäisch würde ein solches Vorgehen alle Industrien gleichermaßen betreffen und für einen fairen Wettbewerb sorgen – auch bei politischen Anpassungen. Gegenüber Drittstaaten könnte man so wettbewerbsfähig bleiben, ohne die Gefahr von Handelskriegen heraufzubeschwören. Darüber hinaus würde keine künstliche Verteuerung der Verbraucherpreise initiiert und somit die Akzeptanz erhöht. Über die Mengensteuerung des Emissionshandels, die selbstverständlich auch für kostenlose Zertifikate gelten muss, wäre das Klimaschutzziel trotzdem gesichert.

Zum Kapitel des European Green Deal

»Saubere, erschwingliche und sichere Energie«

Auf dem Feld der Energiepolitik steht die EU-Kommission vor einer schwierigen Aufgabe, da die Energiepolitik in der Kompetenz der Nationalstaaten liegt. Eine – wie im Green Deal angedachte – Fokussierung auf eine europäisch angelegte Infrastruktur erscheint durchaus sinnvoll, um den Binnenmarkt auch im Energiesektor Wirklichkeit werden zu lassen. Auch die Strategie für eine intelligente Sektorenintegration klingt vielversprechend, dürfte aber durch die verschiedenen Interessen der Nationalstaaten schwierig umzusetzen sein. Nationale Energie- und Klimapläne sollten jedenfalls in eine europäische Strategie einfließen. Mit der Ausweitung des Emissionshandels auf alle Sektoren würden derlei Pläne sich erübrigen, was auf eine massive ökologische und ökonomische Effizienzsteigerung hinauslaufen würde. Eine Festlegung nationaler Ziele kann also nur eine Übergangslösung bis zur Integration aller Sektoren in den Emissionshandel sein.

Der angestrebte Entwurf für eine Strategie für Offshore-Windenergie scheint zwingend, da zumindest die nationalen und europäischen Ziele ohne diese erneuerbare und gleichzeitig recht stetige Form der Energieerzeugung kaum möglich scheinen. Andererseits wäre es durchaus denkbar, alternativ mehr Energie zu importieren. Unter dem Gesichtspunkt, dass neue

Offshore-Windparks bereits ohne Subventionen am Markt bestehen können, wird sich die beste Lösung im Wettbewerb verschiedener Optionen herauskristallisieren.

Für die Zukunft des Wirtschafts- und Industriestandortes Europa und Deutschland ist es auch zwingend erforderlich, dass zu jedem Zeitpunkt eine ausreichende Menge an Energie bereitsteht. Demzufolge stellt sich die Herausforderung für die EU und auch Deutschland, die erforderliche Menge an Energie zu jeder Zeit sicherzustellen. Die Systemsicherheit und die Versorgungssicherheit sind elementar für die heimische Industrie und dürfen keinesfalls einer Strategie geopfert werden, welche ausschließlich die Bereitstellung »sauberer« Energie priorisiert.

Zum Kapitel des European Green Deal

»Industriestrategie für eine saubere und kreislauforientierte Wirtschaft«

Auch auf diesem Feld ist die europäische Kommission auf vielen Ebenen vom Wohlwollen der Nationalstaaten abhängig. Grundsätzlich jedoch sind eine Stärkung der Industrie und diesbezügliche Aktivitäten der Kommission durchaus begrüßenswert. Eine nähere Bewertung lässt sich jedoch erst auf Basis einer detaillierten Ausgestaltung vornehmen.

Ebenfalls im Green Deal enthalten ist die Kreislaufwirtschaft als starker Bestandteil und Baustein zu einer klimaneutralen Wirtschaft. Insbesondere im Hinblick auf die Konkurrenzprodukte aus China und den USA hat die europäische Wirtschaft hier oft Vorsprung und so könnte eine intelligente Strategie auf Dauer eher Vorteile für die heimischen Unternehmen generieren. Allerdings ist Vorsicht geboten, da eine einseitige Überregulierung schnell ins Gegenteil umschlagen kann. Grundsätzlich ist der Ansatz jedoch vielversprechend.

Ein besonders anspruchsvolles Ziel ist die Förderung der CO₂-freien Stahlerzeugung. Hilfreich ist hier, dass die Nachfrage nach »grünem Stahl« bereits heute

vorhanden ist. Der Markt ist da. Allerdings ist die Umstellung mit massiven Investitionen und Unmengen regenerativem Strom verbunden. Insbesondere an dieser Stelle scheint eine parallele Importstrategie für CO₂-freie, CO₂-neutrale und CO₂-arme Energieträger unumgänglich.

Die skizzierten Rechtsreformen im Bereich der Abfallwirtschaft sind mit Vorsicht zu genießen. Insbesondere die deutschen Familienunternehmen können – neben sinnvollen Reformen – auch von vielen unsinnigen Überregulierungen berichten, die im deutschen Recht existieren und im European Green Deal zwingend vermieden werden sollten.

Auf jeden Fall vermieden werden muss eine einseitige Überbelastung der europäischen und deutschen Industrie im Vergleich zu den außereuropäischen Wettbewerbern. Europäische und nationale deutsche Normen müssen aneinander angepasst, entschlackt und ziel führend ausgestattet werden, um eine solche Überbelastung zu vermeiden. Der Erhalt der Industrie muss ein zwingender Bestandteil des European Green Deal sein und ist ebenso wichtig für den globalen Klimaschutz wie das Ziel der Klimaneutralität.

Gastkommentar

Auch als Hersteller von Maschinen und Anlagen für die kunststofferzeugende und -verarbeitende Industrie unterstützen wir die Forderungen nach einer Stärkung der Kreislaufwirtschaft. Uns ist bewusst, dass auch die Produktion kurzlebiger Produkte unter Kostengesichtspunkten erfolgt, primär dem Nachfrageverhalten der Konsumenten entspricht und somit nicht immer mit umweltpolitischen und ökologischen Zielsetzungen in Einklang zu bringen ist. Grundsätzlich sind wir daher offen gegenüber gesetzlichen Vorgaben und Regeln mit der Zielsetzung, die ökologischen Auswirkungen und externen Effekte einzelner Produkte und Rohstoffe im Preis abzubilden.

Das Verbot einzelner Produkte und Materialien sollte jedoch die Ausnahme und den wenigen Fällen vorbehalten sein, bei denen nicht davon auszugehen ist, dass eine preisbezogene Nachfragesteuerung möglich ist. Grundvoraussetzung für regelungstechnische Markteingriffe mit dem Ziel der Nachhaltigkeit sollten stets eine neutrale und wissenschaftlich fundierte Analyse von Produkt- und Materialauswirkung auf die umweltpolitischen und ökologischen Zielsetzungen sein. Nachvollziehbare und ganzheitliche Umweltbilanzen sollten hier das Maß der Dinge sein. Wichtig ist, dass diese Analysen von einer neutralen Stelle durchgeführt werden. Die zurzeit existierende, oft lobbygetriebene, Studienflut erschwert nicht nur den Konsumenten, sondern auch der Politik die Orientierung.

Eine weitere Voraussetzung ist eine klare und nachvollziehbare Formulierung der umweltpolitischen und ökologischen Zielsetzungen. Hierbei ist zu bedenken, dass Maßnahmen, die der CO₂-Reduktion dienen und der globalen Erwärmung entgegenwirken sollen, nicht zwangsläufig einer reduzierten Verschmutzung der Meere dienlich sein müssen. Hier ist eine klare Priorisierung, die sich z. B. in unterschiedlichen zeitlichen Umsetzungsfristen widerspiegelt, notwendig. Die gegenwärtige Praxis hat gezeigt, dass beispielsweise Materialverbote oder konkrete Vorgaben zu Rezyklatanteilen¹² gepaart mit kurzfristigen Umsetzungsfristen oftmals kontraproduktiv sind und ökologisch weniger attraktive Lösungen hervorbringen. Vor diesem Hintergrund ist insbesondere bei der Definition von Umsetzungsfristen Augenmaß zu bewahren. Ebenso ist eine verbindliche Definition des Begriffs »Rezyklatanteil« notwendig, um zum einen sicherzustellen, dass hier nicht auch rohstoffähnliche Produktionsabfälle miterfasst werden und zum anderen die Höhe der Wiederverwendungszyklen berücksichtigt wird.

Es ist nicht nachvollziehbar, wenn ausgerechnet ein Kronkorken aus Blech am Strand kein Problem sein soll, ein Flaschenverschluss aus Plastik hingegen schon und andere Abfälle aus Plastik, Metallen oder anderen langlebigen Materialien wiederum nicht. Nicht akzeptabel sind für uns pauschale Diskriminierungen und

Verbote einzelner Produkte und Materialien. Es ist nicht nachvollziehbar, warum ausgerechnet ein Kronkorken aus Blech am Strand kein Problem sein soll, ein Flaschenverschluss am Strand ein Problem sein soll, andere Abfälle aus Plastik, Metallen oder anderen langlebigen Materialien hingegen nicht. Um die umweltpolitischen und ökologischen Zielsetzungen möglichst schnell und effektiv zu erreichen, sollte bei der Definition gesetzlicher Rahmenbedingungen die ökonomische Mitteleffizienz vor Dogmatismus gehen. Vor diesem Hintergrund sollte zum einen die thermische Verwertung in Müllverbrennungsanlagen zumindest so lange noch als positiv einzuschätzende Alternative angesehen werden, wie diese zur Reduktion der Verbrennung anderer fossiler Energieträger führt.

Zum anderen sollte eine ökonomische Verwendung der finanziellen Mittel mit dem Ziel einer möglichst hohen Umwelteffizienz bedacht werden. Die Abschaffung der Plastikstrohalme in Europa dürfte auf die Sauberkeit der Weltmeere kaum eine messbare Auswirkung haben. Eine spürbare steuerliche Belastung dieser Produktgruppe dürfte eine weitaus bessere Wirkung gehabt haben, zumal wenn die eingenommenen Mittel dem Umweltschutz an anderer Stelle wieder zugeführt worden wären.



Zu guter Letzt ist eine sinnvolle Politik zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft nur im europäischen Rahmen denkbar. Hierbei ist dann nicht nur die regelungstechnische Seite zu bedenken, sondern auch abgestimmte Maßnahmen zur Müllsammlung und -trennung.

Dr. Stephan Gneuß | Geschäftsführer der Gneuß GmbH

¹² Rezyklat ist ein Überbegriff; es handelt sich um eine Formmasse bzw. einen aufbereiteten Kunststoff mit definierten Eigenschaften. In vielen Fällen wird das Rezyklat in Neuware eingemischt. Ein Rezyklat hat in seinem Werdegang i.a. bereits einen Verarbeitungsprozess hinter sich.

Zum Kapitel des European Green Deal

»Nachhaltige und intelligente Mobilität«

Im Bereich der Mobilität dürfte eines der größten CO₂-Einsparpotenziale in der EU liegen, aber das Heben dieser Potenziale dürfte auch eines der anspruchsvollsten Vorhaben sein.

Mobilität ist für viele Bürger innerhalb der EU geradezu elementar, auch die Individualmobilität. Nicht zuletzt ist auch die Automobilindustrie in vielen EU-Staaten ein extrem wichtiges ökonomisches Standbein, schafft Arbeitsplätze und generiert hohe Steuereinnahmen, Einkommen und Wohlstand.

Die EU-Kommission möchte hier diverse Punkte adressieren. Sehr zu begrüßen ist, dass die Kommission nicht der alleinigen Fokussierung auf die batteriebetriebene E-Mobilität folgt, sondern offensichtlich einem wesentlich technologieoffeneren Ansatz und von »alternativen Kraftstoffen« spricht. Das ist ein großes Plus, da so die Optionen zur Realisierung offenbleiben.¹³

Die Kommission adressiert den Güterverkehr und den Schienenverkehr nochmals explizit in ihrem Maßnahmenbündel, was sinnvoll erscheint. Hier liegt ein großes Potenzial, das auf Basis des innereuropäischen Handels und der Lieferbeziehungen auch europäisch gehoben werden sollte, um Verwerfungen zu vermeiden.

Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe dürften im Güterverkehr eine immens große Rolle spielen. Der Einstieg in derlei Kraftstoffe wäre also in jedem Falle hilfreich und würde eine so genannte »no-regret«-Option darstellen. Könnte diese auf den Individualverkehr ausgeweitet und erfolgreich transferiert werden, würde Europa im Automobilbereich auch den batterieelastigen Wettbewerbern aus China und Amerika ein eigenes Modell entgegensetzen.

Die von der Kommission angedachte Absenkung der Grenzwerte für Luftschadstoffemissionen ist hingegen vorsichtig bis kritisch zu bewerten. Zum einen werden die Grenzwerte durch nationale Regelungen verzerrt

¹³ siehe dazu zum Beispiel: <https://www.uniti.de/images/PDF/publikationen/Aktuelle%20Studien/RPT-Frontier-Uniti-LCA-26-11-2019.pdf>

und übersteigert. Zum anderen geht die Automobilindustrie in einigen Fällen schon an das Limit des technisch Möglichen. Eine Verschärfung der Grenzwerte käme also unter Umständen einem Verbot des Individualverkehrs für weite Teile der Bevölkerung gleich. Das dürfte jedoch auf starke Akzeptanzprobleme und Widerstände stoßen. Dem Klimaschutz wäre ein Bärendienst erwiesen. Es gilt hier genau zu prüfen, was überhaupt möglich und vor allem nötig ist, um den Individualverkehr zu erhalten und gleichzeitig nachhaltig zu betreiben.

Zum Kapitel des European Green Deal

»Berücksichtigung von Umweltbelastungen in der gemeinsamen Agrarpolitik/Strategie »Vom Hof auf den Tisch«

Dieser Unterpunkt beschäftigt sich ausschließlich mit den nationalen Strategieplänen und dem Einsatz chemischer Komponenten sowie Medikamenten in der Landwirtschaft und Nahrungsmittelbereitstellung.

Bei aller berechtigter Kritik an Teilen der konventionellen Landwirtschaft muss darauf hingewiesen werden, dass auch andere Formen der Landwirtschaft Nachteile haben – zum Beispiel einen immens hohen Flächenverbrauch und Preissteigerungen, die für große Bevölkerungsgruppen nicht für jeden erschwinglich sein dürften. Darüber hinaus werden chemische Mittel in der Öffentlichkeit nicht zwangsläufig neutral beleuchtet. Im Gegenteil sind Chemikalien unter vielen Gesichts-

punkten eher ein Segen denn ein Fluch – auch unter Nachhaltigkeitsaspekten. Es gilt bei dieser Agrarstrategie mit äußerster Vorsicht zu agieren.

Gleichwohl werden Teile der konventionellen Landwirtschaft Umbrüche hinnehmen müssen, da bestimmte Produktionsmethoden sowohl dem Umweltschutz als auch dem Klimaschutz zuwiderlaufen und auch andere Probleme hervorrufen. Man denke an die zunehmende Antibiotikaresistenz der Menschen, die von vielen Experten auf den überbordenden und teils unnötigen Einsatz von Antibiotika in der Landwirtschaft zurückgeführt wird. Auch Nitrate werden zunehmend ein Problem für die heimischen Böden, so dass eine Prüfung und Neubewertung dieser Art von Landbewirtschaftung erfolgen sollte und ein möglichst geringer Einsatz von Pestiziden, Schadstoffen und Medikamenten angestrebt werden muss.

Das Anliegen der Kommission ist also im Grundsatz nachvollziehbar und richtig. Gleichwohl sollte die konventionelle Landwirtschaft nicht pauschal an den Pranger gestellt werden, da auch in diesem Bereich viele verantwortungsvolle und umweltbewusste Akteure aktiv sind. Darüber hinaus müssen aber auch die diversen Subventionen im Bereich der Landwirtschaft auf den Prüfstand gestellt und im Zweifel gekürzt werden. Die dadurch freiwerdenden Gelder können in vielen Fällen wesentlich nachhaltiger und zukunftssichernder eingesetzt werden.

Gastkommentar

Die Landwirtschaft ist wie alle Wirtschaftsbranchen in einem stetigen Wandel. Effizienzstreben und Wirtschaftlichkeit auf der einen Seite und die Ansprüche der Gesellschaft müssen dabei immer wieder aufs Neue in Einklang gebracht werden. Die Ziele der Farm-to-Fork Strategie bündeln die gesellschaftlichen und Umweltziele der EU. Dabei muss man zwischen beiden Zielsetzungen unterscheiden.

Die Landwirtschaft produziert Lebensmittel in einem offenen System, unter freiem Himmel und freiem Feld. Im Unterschied zur industriellen Produktion sind die Systemgrenzen nicht kontrollierbar. Jedweden Austrag von Betriebsmitteln, wie Düngemittel oder Pflanzenschutzmittel, gilt es zu verhindern. Dies aber nicht erst seit der vorliegenden Strategie der EU. Jeder Landwirt hat ein großes intrinsisches Interesse die Verluste aus dem Feld und nichtgewinnbringenden Einsatz von Betriebsmitteln zu reduzieren.

Als Lösungsanbieter für optimierte Pflanzenproduktion beschäftigen wir uns täglich mit dieser Fragestellung und suchen nach immer besseren Methoden der Produktion. Die beste Methode ist immer eine optimierte Produktion. Maximaler Output bei minimalem Input. Wir haben eine limitierte Ackerfläche und der Flächenverbrauch durch Siedlung und Straßenbau nimmt von Jahr zu Jahr zu.

Pauschale Reduktionen von Betriebsmitteln führt zwangsläufig zu niedrigerem Output, also zu niedrigeren Erträgen. Es sollte vielmehr ein fachlicher Nachweis der Notwendigkeit erfolgen. Jeder Betrieb kann zum Beispiel nur eine definierte Menge an fachlich begründeten Verlusten vom Acker oder aus dem Stall zulassen. In der Industrie gibt es eine Maximalgrenze an Verlusten oder Umweltausträgen, wie die Einhaltung realisiert wird ist Aufgabe des Unternehmers. Das hat den Vorteil, dass man die Reduktionsziele erreicht, die Umsetzung dieser aber den landwirtschaftlichen Unternehmen überlässt. Das spart Verwaltungskosten und fördert unternehmerisches Handeln.

Aktuell ist Europa ein gemeinsamer Handelsraum, aber ein Flickenteppich an landwirtschaftlichen Verordnungen. In Deutschland hat jedes Bundesland eigene Regelungen, Vorgaben und Verordnungen. Einheitliche Regelungen ermöglichen Planungssicherheit und schnelle Skalierung von Lösungen. Anpassungen von unterstützenden Softwaresystemen auf jedes Bundesland und Land schont massiv Ressourcen und verhindern die Nutzung in vielen Regionen. Hier muss es allein auf Bundesebene zu einer Vereinheitlichung kommen. Pflanzenbau ist Naturwissenschaft und kennt keine Ländergrenzen.

Wir haben in Europa hochgesteckte Ansprüche an die Landwirtschaft. Auf der anderen Seite stehen wir zunehmend im Wettbewerb mit globalen Anbietern. Freihandelsabkommen, wie Mercosur, werden einseitig zum Nachteil für unsere Exportbranchen. Wie die europäischen Agraranbieter gegen brasilianische Produktion wettbewerben sollen, bleibt dabei ungeklärt. Hier ist dringend ein level-playing-field für Agrarprodukte zu schaffen.

Wie in jeder guten landwirtschaftlichen Zielsetzung darf natürlich das Thema Biolandbau nicht fehlen. Die Steigerung von 8 auf 25 Prozent wird zwangsläufig massive Ertragsausfälle nach sich ziehen. Diese zu kompensieren führt uns immer weiter in die landwirtschaftliche Planwirtschaft. Wie in allen Branchen führen die Verbraucherverhalten zu einer Nachfrage an Produkten, die Produzenten stellen sich auf diese Nachfrage ein. Solange wir von mündigen Verbrauchern ausgehen kann eine verpflichtende Bioquote nur als Bevormundung von eben jenen bewertet werden.

Hermann Leithold | Agricon GmbH



»Null-Schadstoff-Ziel für eine schadstofffreie Umwelt« – Ein Ziel, das verfolgt werden sollte, aber vermutlich nie erreicht wird

Eine Nachhaltigkeitsstrategie für den Einsatz von Chemikalien mag sinnvoll sein. Allerdings gilt es bei allen Aktionen auch zu bedenken, dass Chemikalien auch in diesem Bereich nicht per se die schlechteste Lösung sind. In vielen Fällen sind diese sogar unter dem Gesichtspunkt des Umweltschutzes, des Ressourcenverbrauches und auch des Klimaschutzes von unschätzbarem Vorteil.

Es gilt mit Augenmaß und angemessenen Zeiträumen vorzugehen, um die Reduktion von Chemikalien-Immissionen in die Umwelt voranzutreiben und, falls notwendig, Alternativen zu schaffen. Auch die entsprechenden Grenzwerte sollten mit Bedacht gewählt werden. Utopisch strenge Regularien dürften in Abwägung der Vor- und Nachteile eher kontraproduktiv wirken.

Zum Kapitel des European Green Deal

»Einbeziehung der Nachhaltigkeit in alle Politikbereiche der EU«

In diesem Kapitel lauert möglicherweise das größte Einfallstor, politische Ideologien unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit in die Instrumentarien der EU einzufügen.

Klimaschutz und Nachhaltigkeit sind ohne Zweifel übergreifende Themen und tangieren nahezu jedes Feld. Alle Instrumente danach auszurichten wäre hingegen ein Fehler, würde Verzerrungen und Politikverdrossenheit generieren und könnte im Zweifel – wie teilweise in Deutschland auch im Zuge des Klimaschutzgesetzes politisch diskutiert – sogar demokratische Institutionen aushöhlen und vom Wähler gewählte und legitimierte Politiker in ihren Kompetenzen beschneiden. Das kann und darf nicht im Sinne der Kommission sein und ist auch nicht zu begründen.

Die Demokratie in Europa wäre damit de facto stark beschnitten. Aber auch hehre Ziele wie Klimaschutz und Nachhaltigkeit brauchen eine demokratische Legitimation.

Für die angestrebten Ziele gilt es, einen ordnungspolitisch sauberen und marktwirtschaftlichen Rahmen vorzugeben. Am Beispiel Klimaschutz kann konstatiert werden, dass zum Beispiel ein sektorübergreifender Emissionshandel den Klimaschutz garantiert, während ein Einwirken über andere Maßnahmen und Institutionen das ökologische Ergebnis nicht ändert, aber die Effizienz und die Kostenbelastung extrem verschlechtert. Ferner lässt der Emissionshandel trotz rigider Einhaltung des Klimaschutzziels den Marktteilnehmer so viel Freiheit wie möglich.

Als Fazit lässt sich festhalten, dass die geradezu zwanghafte Implementierung der Nachhaltigkeit und des Klimaschutzes in allen Politikfeldern oft mehr Schaden als Nutzen bringt und außerdem die EU nicht nur wirtschaftlich eher zurückwerfen dürfte. Darüber hinaus ist ein demokratiekonformes und ökologisch sicheres Alternativinstrument vorhanden.

Zum Kapitel des European Green Deal

»Die EU als globaler Vorreiter«

Schon in der Überschrift, die die EU-Kommission diesem Abschnitt ihres Plans gegeben hat, schimmert zumindest kommunikativ die »grüne« Hybris durch. Es geht der Kommission offenbar darum, immer auf allen Ebenen – mag dieses Anliegen noch so unsinnig sein – vorne zu liegen.

Sollte die Kommission vorhaben, die Zusammenarbeit mit internationalen Partnern zu stärken und politisch eine Führungsrolle zu übernehmen, so ist der Ansatz zu begrüßen.

Sollte die Kommission jedoch erwägen, in allen Teilbereichen und auch bei den Subzielen im internationalen Vergleich immer ganz oben im Ranking zu stehen, so dürfte das auf Dauer ein verheerender Weg sein. Es geht darum, die Potentiale, die sich in verschiedenen

Regionen der Welt unterschiedlich ausgestalten, optimal zu nutzen – wie beim Freihandel – und nicht darum, in jedem Feld auf Platz 1 zu stehen.

Mit dem Anspruch, eine Führungsrolle auf allen Ebenen zu übernehmen, dürfte die EU krachend scheitern und darüber hinaus Wirtschaft und Gesellschaft im internationalen Vergleich weit zurückwerfen.

Am Beispiel Deutschland lässt sich nachvollziehen, welche fatalen Folgen der Anspruch auf eine »Vorreiterrolle« nach sich zieht. Mit dem EEG als Kernstück der Energiewende wollte sich Deutschland klimapolitisch ganz nach vorn katapultieren. Letztlich sind die erneuerbaren Energien auch nach 20 Jahren noch auf Subventionen angewiesen und offensichtlich nicht wettbewerbsfähig. Auf der Seite der verbrauchenden Industrien jedoch wurde die Kostenbelastung dramatisch erhöht und damit Unternehmen, sowie Arbeitsplätze gefährdet und abgebaut. Trotz des massiven Ausbaus der erneuerbaren Energien wurden jedoch auch die Klimaziele nicht erreicht. Die angestrebte Vorreiterrolle blieb eine Wunschvorstellung. Ein Vorbild für die Welt wurde nicht geschaffen.

Fazit zum European Green Deal

Insgesamt zeigt der European Green Deal viele gute Ansätze und hehre Zielstellungen. Fraglich ist, ob bei der konkreten Ausgestaltung nicht die Interessen der Mitgliedsstaaten negativ einwirken. Ferner besteht an vielen Stellen die Gefahr einer Überregulierung in verschiedenen unternehmensrelevanten Bereichen. Es gilt Maß zu halten und zum einen zwar die Ziele scharf zu adressieren, die Strategien konsequent daran auszurichten aber eben zum anderen auch den Wirtschaftssubjekten Luft zum Atmen zu geben. Also weder Überregulieren noch Übersteuern, was die Ziele und die gewünschte Vorreiterrolle betrifft, zum anderen aber auch einen ordnungspolitisch konsequenten und ökologisch nachhaltigen Rahmen zu schaffen.

Das ist für die politischen Akteure ebenso eine Herausforderung wie für den Wirtschafts- und Industriestandort.

b) Systeme zusammenführen für effektiven Klimaschutz

Kaum ein Experte bezweifelt, dass der Weg zu globalem Klimaschutz über eine europäische Lösung sehr viel schneller und nachhaltiger zu bewerkstelligen ist, als über die nationalen Systeme der einzelnen Mitgliedsstaaten.

Der europäische Emissionshandel als Musterbeispiel hat seit seiner Implementierung seine Überlegenheit über alle anderen Instrumente deutlich bewiesen. Spätestens mit den letzten vorgenommenen Anpassungen und Reformen sind auch die letzten Kritikpunkte ausgeräumt worden.

Entsprechend gilt es für die Nationalstaaten und somit auch für Deutschland, die ökonomisch wie ökologisch ineffizienten nationalen Systeme aller Sektoren an den europäischen Emissionshandel heranzuführen und die verschiedenen Systeme zu vereinen. Für die EU-Kommission ist die Hauptaufgabe, den verschiedenen Länderinteressen Geltung zu verschaffen, um Einstimmigkeit herzustellen und gleichzeitig das System nicht zu verwässern. Auf dem Weg dorthin muss zwingend darauf geachtet werden, dass die Wechselwirkungen während des Übergangs nicht zu unnötiger Bürokratie, Doppelbelastungen und beihilferechtlichen Problemen führen, die letztlich die starke europäische Industrie vor nahezu unlösbare Probleme stellt.

Die EU-Kommission muss dabei auch deutlich machen, dass ein Emissionshandelssystem in den allermeisten Fällen eine win-win-Situation schafft und somit – sofern man die Klimaziele ernst nimmt – für die teilnehmenden Staaten langfristig die beste aller Optionen ist. Selbstverständlich können Übergangsmechanismen erforderlich sein, um stark betroffenen Regionen und Staaten den Übergang zu erleichtern und das wirtschaftliche Wachstum stabil zu halten. Gleichwohl sollte das die

absolute Ausnahme sein, da der Emissionshandel per se und besser als jede politische Festlegung die finanziellen Mittel an die richtigen Stellen lenkt.

Doch auch die Nationalstaaten müssen sich bewegen und durch entsprechende Reformen die Abgaben-, Steuer- und Umlagensysteme derart reformieren, dass die finanziellen Belastungen insbesondere für die gesamte Industrie wettbewerbsfähig bleiben beziehungsweise wieder wettbewerbsfähig werden. Das wird in den Nationalstaaten ganz unterschiedlich ausfallen müssen. Einige Staaten müssen womöglich gar keine Anpassungen vornehmen, da die Lasten dort gering sind. Andere Staaten hingegen, wie zum Beispiel Deutschland, werden auf von der Politik liebgeordnete Einnahmen und Interventionsmechanismen verzichten

müssen, um das europäische System nicht zu konterkarieren.

Beide Seiten – EU-Kommission und Mitgliedsstaaten – sind gefordert. Gemeinsam jedoch kann diese große Herausforderung ökologisch und ökonomisch nachhaltig gestärkt werden.



5. Was sonst zu tun ist, um Europa klimaneutral zu machen und wettbewerbsfähig zu halten

5.1 Faktenbasierte Politikentscheidungen

Sowohl die Ökobilanz als auch die wirtschaftlich motivierten Akteure fordern eine Politik, die sich an Fakten und dem Stand der Technik orientiert. Gleichwohl bleiben unterschiedliche Interessen und Motivationen im Spiel und bilden sich entsprechend im politischen Handeln ab. Im Moment werden leider häufig Stimmungen bedient und Fakten ignoriert. Das mag kurzfristig politische Vorteile bringen, dient aber weder dem Klimaschutz noch der Zukunftsfähigkeit Deutschlands und Europas.

Zum Beispiel wird der Diesel stark verteuert. Dabei wird diese Technologie ebenso wie der Verbrennungsmotor insgesamt einen bedeutenden Beitrag zum globalen Klimaschutz liefern – insbesondere die hocheffiziente deutsche Motorentechnologie. Mit der heimischen Gesetzgebung in Deutschland und Europa – Stichwort Dieselfahrverbote, Flottengrenzwerte – wird jedoch alles darangesetzt, diese Technologie völlig aus dem Markt zu drängen. Damit verbunden sind Wohlstandseinbußen, Arbeitsplatzverluste und ein großer Verlust an Wissen und Innovationsfähigkeit. Die neueste Generation von Dieselmotoren hat nicht einmal ein Feinstaubproblem – ganz im Gegenteil.¹⁴ Darüber hinaus kann mit der Perspektive auf wettbewerbsfähige synthetische Kraftstoffe die gesamte Technologie der Verbrennungsmotoren CO₂-frei weiterbetrieben werden. All diese Fakten werden zumindest in der deutschen Politik nahezu komplett ignoriert.

Auch im Bereich der Klimaschutzinstrumente herrscht eine solche Haltung vor. So ist unter den Ökonomen der Welt wissenschaftlich nahezu unbestritten, dass eine CO₂-Bepreisung das beste Mittel ist¹⁵ – und zwar

ohne flankierende Förderprogramme für bestimmte Klientele. Trotzdem hat es Jahre gedauert, bis sich dies in der Politik halbwegs durchgesetzt hat.

Die wissenschaftlichen Studien des Bundesumweltministeriums zeigen darüber hinaus, dass mit einer selbst sehr hohen CO₂-Steuer deutscher Machart im bestehenden Konstrukt der nationalen Gesetzgebung die Klimaziele massiv verfehlt werden. Trotzdem halten gerade in Deutschland weite Teile der Grünen und der SPD daran fest, während DIE LINKE gleich unser gesamtes Wirtschaftssystem in Frage stellt und mit dem Klimaschutz Umverteilung und massive Staatseingriffe verbindet¹⁶.

Auch der Verkauf der »Energiewende als Erfolg« ist in den Daten nicht nachzuweisen. Schaut man sich die Monitoringberichte zur Energiewende an, dann zeichnet sich ein ganz anderes Bild. Ferner verlangen die »Wirtschaftsweisen« in verschiedenen Gutachten seit Jahren ein radikales Umsteuern und wurden und werden bis heute ignoriert. Der Bundesrechnungshof zeigt zusätzlich die Ineffizienz der Förderprogramme an. Gleichwohl werden eher neue Programme aufgelegt als alte überprüft oder ineffiziente Programme abgeschafft.

¹⁴ https://www.helmholtz.de/luftfahrt_raumfahrt_und_verkehr/wie-schmutzig-ist-der-diesel-wirklich/

¹⁵ Dargestellt zum Beispiel von dem Nobelpreisträger William D. Nordhaus in seiner Nobelpreisrede vom 08.12.2018, aber auch zu lesen zum Beispiel in dem Sondergutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aus dem Jahr 2019 »Aufbruch zu einer neuen Klimapolitik«

¹⁶ <https://www.die-linke.de/themen/klima-energie/>

Quantitative Ziele der Energiewende und Status quo (2017)

	2017	2020	2030	2040	2050
TREIBHAUSGASEMISSIONEN					
Treibhausgasemissionen (ggü. 1990)	-27,5 %	mind. -40 %	mind. -55 %	mind. -70 %	weitgehend treibhausgas-neutral -80 bis -95 %
ERNEUERBARE ENERGIEN					
Anteil am Bruttoendenergieverbrauch	15,9 %	18 %	30%	45%	60%
Anteil am Bruttostromverbrauch	36 %	mind. 35 %	mind. 50%* EEG 2017: 40 bis 45 % bis 2025	mind. 65% EEG 2017: 55 bis 60 % bis 2035	mind. 80 %
Anteil am Wärmeverbrauch	13,4 %	14 %			
EFFIZIENZ UND VERBRAUCH					
Primärenergieverbrauch (ggü. 2008)	-5,5 %	-20%	—————>		-50 %
Endenergieproduktivität (2008-2050)	1,0 % pro Jahr (08-17)	2,1 % pro Jahr (2008-2050)			
Bruttostromverbrauch (ggü. 2008)	-3,3 %	-10%	—————>		-25%
Primärenergiebedarf Gebäude (ggü. 2008)	-18,8 %	—————>			-80 %
Wärmebedarf Gebäude (ggü. 2008)	-6,9 %	-20 %			
Endenergieverbrauch Verkehr (ggü. 2005)	6,5 %	-10%	—————>		-40%

Quelle: Eigene Darstellung BMWi 03/2019, * Ein zielstrebigem, effizientem, netzsynchronem und zunehmend marktorientiertem Ausbau der erneuerbaren Energien ist gemäß Koalitionsvertrag eine Voraussetzung für eine erfolgreiche Energiewende und Klimaschutzpolitik. Die Bundesregierung strebt – insbesondere im Kontext der Herausforderungen einer besseren Synchronisierung von erneuerbaren Energien und Netzkapazitäten – eine Erhöhung des Erneuerbaren-Anteils im Stromsektor an, um das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel von etwa 65 Prozent bis zum Jahr 2030 zu erreichen. Hierfür ist die Aufnahmefähigkeit der Stromnetze zentral. Eine Erhöhung des Erneuerbaren-Ausbaus ist nicht zuletzt erforderlich, um den zusätzlichen Strombedarf zu decken, damit die Klimaschutzziele im Verkehr, in Gebäuden und in der Industrie erreicht werden können.

Es gibt zahlreiche weitere Beispiele, an denen sich zeigen lässt, dass bei vielen Akteuren andere als die behaupteten Klimaschutz-Interessen überwiegen und

dass wissenschaftliche Erkenntnisse nicht berücksichtigt und Fakten ausgeblendet werden.¹⁷

¹⁷ zum Beispiel steht keinesfalls fest, dass der Kohleausstieg wirklich die gewünschten CO₂-Einsparungen erbringt. Siehe dazu: <https://www.pik-potsdam.de/members/pahle/pahle-edenhofer-et-al-risiken-kohleausstieg.pdf>

Wenn aber Klimaschutz das oberste Ziel ist und der Industriestandort erhalten werden soll, wenn möglichst wenige Einschränkungen für Bürger und wenig Kosten für Verbraucher anfallen sollen, dann ist eine faktenba-

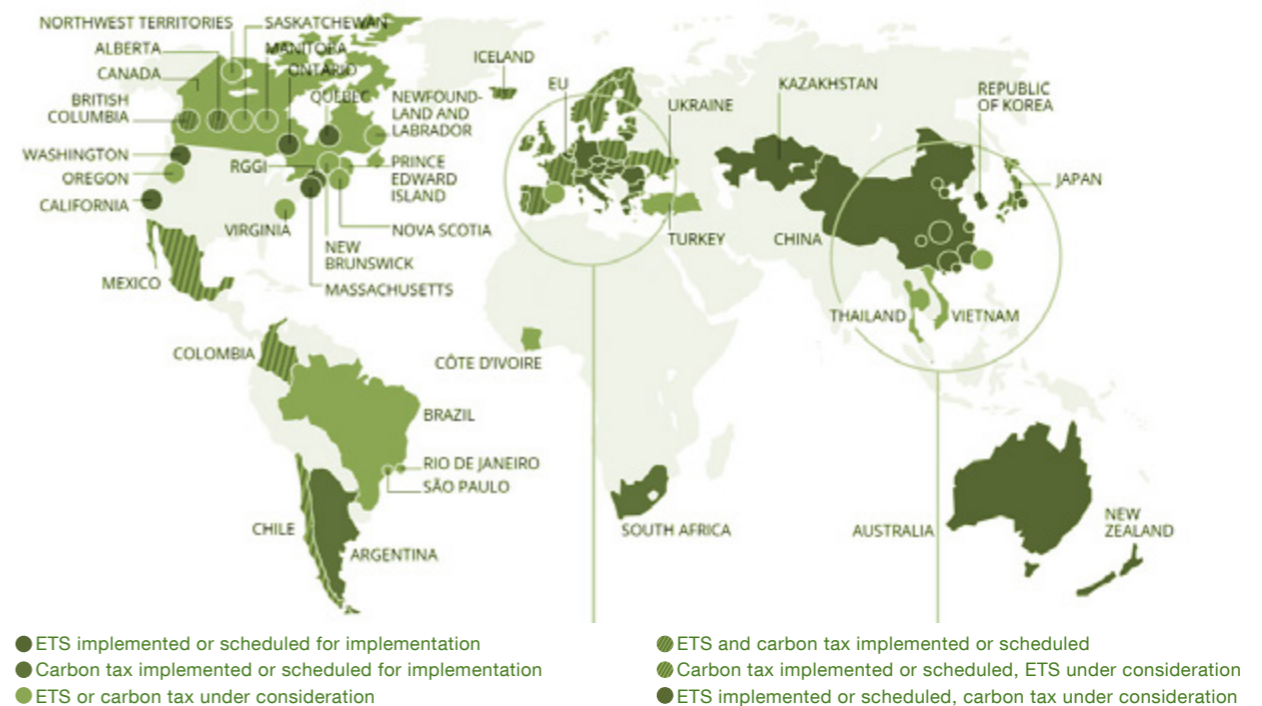
sierte Klimapolitik und eine wesentlich stärkere Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse und der Marktgegebenheiten zwingend.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern daher eine Abkehr von Symbolpolitik. Wissenschaftliche Studienergebnisse sollten wesentlich stärker in die politische Gestaltung einfließen. Darüber hinaus sollte die Gesetzesfolgenabschätzung zukünftig nicht mehr allein von den Ministerien vorgenommen werden, sondern von unabhängigen wissenschaftlichen Institutionen, zum Beispiel dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

5.2 Globalisierung vorantreiben – außereuropäische Projekte in den Emissionshandel einbinden und Zertifikate anrechenbar machen

Ein entscheidender Hebel für die Beförderung des weltweiten Klimaschutzes ist die Ausdehnung des europäischen Emissionshandels über die europäischen Grenzen hinaus.

Der beste Weg ist freilich, weitere weltweit existierende kombinierbare Emissionshandelsysteme zu identifizieren oder einzurichten, Vergleichbarkeit herzustellen und all diese Systeme zu verzahnen. Das ist kurzfristig nur bedingt möglich, da längst nicht alle Staaten und Regionen Emissionshandelsysteme bzw. überhaupt Klimaschutzsysteme etabliert haben. Aber die Anzahl der Systeme steigt stetig.



Quelle: Emissionshandelsysteme in verschiedenen Stadien Weltkarte der CO₂-Bepreisung, Weltbank 2018

Mittel- bis langfristig wird sich der Emissionshandel weltweit durchsetzen. Insbesondere im Hinblick auf Schwellen- und Entwicklungsländer scheint es aber zwingend notwendig, übergangsweise auf andere Optionen auszuweichen.

Diese Optionen waren bereits im Kyoto-Protokoll angelegt¹⁸. Die Mechanismen des »Clean Development Mechanism« und »Joint Implementation« böten den Ansatz, auch in Drittstaaten außerhalb der Systeme Zertifikate zu generieren, die zum Beispiel heimische Emittenten nutzen könnten. Es ist nicht nachvollziehbar, warum diese Mechanismen ausgesetzt bzw. begrenzt wurden¹⁹.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern, diese Mechanismen zu stärken und die Begrenzung anzurechnender Gutschriften aufzuheben und mit einem adäquaten und standardisierten Kontrollsystem zu verknüpfen, das die Effektivität im Hinblick auf die Ziele der Instrumente sicherstellt.

Es lohnt sich, diesen Ansatz zu verfolgen, da so mehrere positive Aspekte gleichzeitig erreicht werden.

1. In den Ländern, in denen die Projekte realisiert werden, wird Wertschöpfung geschaffen. Entweder durch den Aufbau neuer Produktion – zum Beispiel Strom aus erneuerbaren Energien oder Wasserstoff – oder durch eine Modernisierung und Effizienzsteigerung dort vorhandener Wertschöpfungsketten und Industrien. Letztlich läuft das auf eine nicht zu unterschätzende Wirtschaftsentwicklung vor Ort hinaus.
2. Diese Entwicklungshilfe ist aber – und das ist ein weiterer und gewaltiger Vorteil – eben nicht von staatlichen Budgets abhängig, sondern wird durch

die Marktteilnehmer des Emissionshandels, mithin private Wirtschaftssubjekte, finanziert. Aufgrund der Budgetzwänge, denen staatliche Mittel unterliegen, und den Zielkonflikten, die mit jedem staatlichen Haushalt einhergehen, kann dies ein entscheidender Hebel für den globalen Klimaschutz sein.

3. Die Einsparung einer Tonne CO₂ wirkt sich überall gleichermaßen positiv aus. Der Ort der Einsparung ist völlig irrelevant. Anders als in Industriestaaten mit einer bereits fortgeschritten effizienten Wirtschaft, ist die Einsparung in Schwellen- und Entwicklungsländern jedoch mit viel geringeren Kosten verbunden. Das heißt entweder, Klimaschutz wird günstiger, wird somit attraktiver und findet mehr Nachahmer. Oder es ist möglich, mit dem gleichen finanziellen Mitteleinsatz mehr Klimaschutz zu generieren.
4. Viele Projekte lassen sich darüber hinaus gut mit weiteren Nachhaltigkeitszielen in Einklang bringen und generieren so doppelten Nutzen.
5. Auch die Geschwindigkeit, mit der solche Projekte realisiert werden können, dürfte in vielen Fällen sehr hoch sein. Man denke an den Austausch von ineffizienten Haushaltsgegenständen oder ähnlichen kleineren Vorhaben. Aber auch die Errichtung von Stromerzeugungsanlagen aus erneuerbarer Energien und weiterer Umwandlungsanlagen dürfte in Ländern, die nicht so dicht besiedelt sind wie Deutschland, wesentlich schneller und einfacher vonstattengehen. So wäre dem globalen Klimaschutz nicht nur günstig weitergeholfen, sondern vor allem auch schnell.
6. Korruption und Missbrauch, die ein Problem solcher Projekte darstellen könnten, kann mit einer entsprechend ausgestatteten und vertrauenswürdigen Kontrollinstanz begegnet werden.

Selbstverständlich muss aber auch ein System geschaffen werden, das »schmutzige« Strategien von Staaten und Unternehmen, also das bewusst niedrige Ansetzen von Klimaschutzzielen in den Zielstaaten, um mehr Zertifikate verkaufen zu können, ausschließt und nicht belohnt. Es darf nicht sein, dass unambitionierte Zielsetzungen belohnt werden, indem die in diesem Fall massenhaft anfallenden freiwerdenden Zertifikate auch noch zusätzlich vergütet werden. Gleiches gilt für Marktteilnehmer an Emissionshandelssystemen. Durchschnittswerte oder Benchmarks können ein geeignetes Mittel sein, um derlei Prozesse auszuschließen.

Darüber hinaus empfiehlt es sich, eine unabhängige Kontrollinstanz zu installieren, die darüber hinaus ein hohes Ansehen und Vertrauenswürdigkeit genießen muss. Diese Institution muss in der Lage sein, die einbezogenen Projekte zu sichten und die CO₂-Einsparung zu verifizieren. Die Frage der Haftung für nicht erbrachte Leistungen und Missbrauch in diesem System ist eine entscheidende und muss zweifelsfrei geklärt sein.

Auch muss im Rahmen der internationalen Vereinbarungen ausgeschlossen werden, dass die so entstehenden Zertifikate doppelt angerechnet werden. Diese Prozesse sind bereits in den internationalen Klimaverhandlungen im Gange und es besteht Grund zur Hoffnung, dass zeitnah Einigungen erzielt werden können.

Es empfiehlt sich, CDM- und JI-Mechanismen bereits in Freihandelsabkommen einzuflechten und diese somit um eine ökologische Komponente zu bereichern.

Aber schon ganz grundsätzlich strotzt dieser Ansatz von Vorteilen und positiven Nebeneffekten, so dass eine Vernachlässigung dieser intelligenten globalen Klimaschutzinstrumente geradezu fahrlässig erscheint. Und für viele industrielle Familienunternehmer, die erst in Jahren CO₂-freie Ausweichmöglichkeiten wie Wasserstoff haben werden oder deren CO₂-Ausstoß einfach auf Grund physikalischer Gesetze nicht zu vermeiden ist, stellen Kompensationen de facto die einzige Überlebensebene dar.

¹⁸ <https://www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/internationale-klimapolitik/kyoto-protokoll/kyoto-mechanismen/>

¹⁹ <https://www.dehst.de/DE/Klimaschutzprojekte-durchfuehren/Projektmechanismen/projektmechanismen-node.html>

5.3 Energiepolitik europäisch angehen

Mit dem European Green Deal geht die Klima- und Energiepolitik der europäischen Union und der Mitgliedsstaaten in eine neue Ära. Etwaige Widersprüche müssen in diesem Prozess angegangen und beseitigt werden. Ein fairer Wettbewerb muss beihilfekonform für die gesamte europäische Wirtschaft realisiert werden. Doppelbelastungen durch Wechselwirkungen nationaler und europäischer Gesetze müssen unbedingt vermieden werden.

So war die Klimapolitik spätestens mit der Einführung des Emissionshandels mindestens für die betroffenen Sektoren stark europäisch vorgeprägt. Auch im Bereich der anderen Sektoren war ein Teil der Umweltschutzvorschriften bereits europäisch angelegt. Die Grenzwerte für den Automobilsektor zeigen dies deutlich.

Gleichwohl gilt es, auch die Energiepolitik weiter zu europäisieren und die nationalen Instrumente entsprechend anzupassen – und das schnell. In einer Union, die das Prinzip des Binnenmarkts stark auslegt, sollte eine nationale Abschottung der Energiepolitik nicht dauerhaft bestehen bleiben. Leider hat sich hier auch Deutschland nicht mit Ruhm bekleckert.

Das heißt nicht, dass die nationalen politischen Akteure ihre politischen Kompetenzen zwingend an die europäische Union abgeben sollten. Die Wirtschaftsmodelle der einzelnen Mitglieder der europäischen Union sind sehr verschieden, weshalb eine einheitliche Energiepolitik kaum denkbar erscheint. Aber es gibt dennoch diverse Ansatzpunkte, die eine Europäisierung der Energiepolitik forcieren könnten.

Dafür gilt es zuallererst die europäische Energie-Infrastruktur entsprechend auszubauen und für den grenzüberschreitenden Handel fit zu machen. Eine Begrenzung der Handelsmengen von Energie, wie von einigen Mitgliedsstaaten angestrebt, ist ökologisch wie ökonomisch ausschließlich kontraproduktiv.

Aber auch Förderinstrumente gehören zwingend auf den Prüfstand. Aus deutscher Perspektive scheint hier insbesondere des EEG überholt. Zum einen müssen die erneuerbaren Energien endlich in den Markt integriert werden, um langfristig Akzeptanz und Wettbewerbsfähigkeit zu sichern. Dazu sollten auch Stromlieferanten

und Anlagen außerhalb Deutschlands für den deutschen Markt angerechnet werden. Denn dem Klimaschutz – das ist immerhin die Begründung für das EEG – ist es letztlich völlig egal, ob der CO₂-freie Strom in einem Windpark in Deutschland produziert wird, in einem Solarkraftwerk in Griechenland oder in einem Offshore-Windpark in Großbritannien. Dem Verbraucher und den industriellen Familienunternehmen hingegen ist es nicht egal, wie hoch die Energiekosten ausfallen. Von daher ist es ausschließlich sinnvoll, europaweit die günstigsten Potentiale zu nutzen. Das EEG und die darin enthaltene Förderung der Erneuerbaren gehören in jedem Fall abgeschafft und müssen durch einen wirklichen Markt kombiniert mit dem sektorenübergreifenden Emissionshandel ersetzt werden.

Ferner wird immer wieder schnelles Handeln ange-mahnt. Auch unter diesem Aspekt ist eine europäische Ausrichtung nationaler Instrumente zweckmäßig. In Deutschland wachsen die Widerstände gegen die Errichtung von erneuerbaren Anlagen. Aber längst nicht jedes europäische Land ist so dicht besiedelt wie Deutschland. Und nicht überall sind die Widerstände insbesondere gegen Windparks so ausgeprägt.

Auch auf anderen Feldern sind die europäischen Potentiale weitaus größer und günstiger als die rein nationalen Potentiale. So ist die deutsche Industrie bereits eine der effizientesten weltweit. In anderen europäischen Staaten sind jedoch noch »low-hanging-fruits« zu ernten. Mit einem europäischen Emissionshandel über alle Sektoren können dieses günstigen Potentiale zum Wohle der Industrie und der Verbraucher geerntet werden.

Und auch die Versorgungssicherheit ist in einer europäischen Perspektive weitaus klimaschonender und günstiger zu realisieren, als wenn die Nationalstaaten weiterhin eine völlig unabhängige und autonome Stromversorgung anstreben.

Entscheidende Voraussetzung für all das ist freilich eine qualitativ hochwertige und gut ausgebaute Infrastruktur.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern daher:

1 Einen massiven Aufbau und Ausbau der entscheidenden Energieinfrastrukturen unter Aufsicht einer europäischen Behörde als Dach für die nationalen Netzbehörden.

2 Eine Abschaffung der Ziele für erneuerbare Energien und nationaler Fördersysteme und stattdessen eine Fokussierung auf die Reduktion von CO₂. Sollte das nicht konsensfähig sein, sollten EE-Ziele über europaweit einheitliche Zertifikate und Quoten für Grünstrom realisiert werden.

3 Die Versorgungssicherheit muss zwingend europäisch gesichert werden. Der europäische Handel mit Strom erlaubt es, die Stromversorgung der verschiedenen Länder zu verzahnen und eventuelle Lücken größtenteils zu decken. Eventuell dennoch zukünftig vorhandene Lücken und Sicherheitsreserven sind für Gesamteuropa wesentlich kleiner als die Summe im Falle einer ähnlichen Regelung für die Mitgliedsstaaten. So wird Versorgungssicherheit für alle günstiger, ohne an Sicherheit einzubüßen.

5.4 Wettbewerb nach Zielstellung, nicht nach Technologien - Technologieoffenheit auf allen Ebenen forcieren

Die deutsche Energiewende wurde und wird noch auf Basis eines grundlegend falschen Politikansatzes ausgestaltet. Von Beginn an setzten sich politische Entscheidungsträger und ministeriale Planer für bestimmte Branchen und Technologien ein und gestalteten die rechtlichen Rahmenbedingungen entsprechend aus. Das Ziel der Reduktion von CO₂-Emissionen wurde insofern nur über einen Umweg adressiert, mit den entsprechenden bekannten Folgen.

Trotz immer neuer und anwachsender finanzieller Lasten wurden die selbstgesteckten Klimaziele bisher nicht erreicht und auch der Monitoringbericht zur Energiewende zeichnet in weiten Teilen eher ein negatives Bild. Allein der Ausbau der Erneuerbaren schritt in den letzten Jahren zügig voran, was aber eben nicht gleichbedeutend ist mit Klimaschutz.

Mit dem Klimapaket der Bundesregierung aus dem Jahr 2019 lässt sich ein zaghaftes Umsteuern konstatieren. Perspektivisch wird der richtige Pfad – ein sektorübergreifender Emissionshandel in ganz Europa – ins Auge gefasst. Dieser Weg wird allerdings flankiert von vielen weiteren Fördermaßnahmen und der Fortführung bestehender Instrumente, die die ökonomische Effizienz wiederum verwässern.

Die politischen Akteure müssen in dieser Hinsicht mehr Konsequenz an den Tag legen und liebge-wordene Steuerungsinstrumente aufgeben. Technologieoffenheit ist ein entscheidendes Kriterium, um Innovationen anzustoßen und den besten und effizientesten Weg auszuloten, wirksamen Klimaschutz und wirtschaftliches Wachstum in Einklang zu bringen und so auch den Wohlstand zu erhalten.

Symbolpolitik auf Basis einer technologiefeindlichen Politikgestaltung ist teuer und ineffizient.

Beispiel: Der deutsche Kohleausstieg dürfte mit allen unmittelbaren und mittelbaren Kosten eine Belastung von ca. 100 Milliarden Euro nach sich ziehen. Dabei unterliegt der Stromsektor bereits dem Emissionshandel und somit einem europäischen Klimaschutzinstrument, dessen ökologische Wirkung garantiert ist. Viele Experten sind sich einig, dass der Emissionshandel die Kohle ebenfalls aus dem Markt gedrängt hätte. Wahrscheinlich sogar früher als nun politisch geplant, denn schon jetzt wurde die Stromproduktion aus Kohle zurückgefahren. Ein kostspieliges politisches Interventions ist völlig unnötig.

Im Verkehrssektor lässt sich Ähnliches beobachten. Statt dem Markt zu vertrauen und über politische Vorgaben - z. B. Grenzwerte oder die Integration in den Emissionshandel – die Ziele festzulegen, werden »gewünschte« Technologien gesetzlich gefördert, ohne Wissenschaft und Fakten zu Rate zu ziehen. So wird die E-Mobilität über die Anrechnung auf die Flottengrenzwerte im Jahr 2020 gleich doppelt bevorzugt, anschließend noch einige Jahre weiterhin mit einem Faktor über 1²⁰. Darüber hinaus gibt es Kaufprämien und die massive Subventionierung der Batteriezellenfertigung.

Andere CO₂-arme oder CO₂-freie Alternativen werden ausgeschlossen oder behindert, (zum Beispiel Kraft-

²⁰ Verordnung (EU) 2019/631 ab 2020, Verordnung (EG) Nr. 443/2009 vor 2020

stoffe aus Reststoffen o.ä.²¹). Brennstoffzellenfahrzeuge werden auch in der aktuellen politischen Debatte zur Wasserstoffstrategie als »nicht geeignet« tituliert. Stellt man die Betrachtung allein auf den CO₂-Ausstoß ab, dann erschließt sich keine logische Begründung. Zumal die Einsparung einer Tonne CO₂ über den Weg der E-Mobilität ca. 1.000 Euro kostet und damit das ca. 40-fache des derzeitigen Emissionshandelspreises.

Auch die Vergütung nach Technologien im Bereich der erneuerbaren Energien ist nicht stichhaltig zu begründen. Das politische Ziel ist es, den Anteil an erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung zu steigern. Ob eine grüne Kilowattstunde nun aus Windkraft oder Solarkraft stammt, ist dabei völlig egal. Entscheidend sind allein die Kosten.

Und selbst bei der Versorgungssicherheit gibt es – trotz der verbreiteten Abneigung gegen fossile Energien – keine Technologieoffenheit. So müssten zum Beispiel abschaltbare Lasten gegen fossile Erzeugung konkurrieren können. Im Falle einer Unterdeckung im Netz – nehmen wir als Beispiel eine Gigawattstunde – ist es völlig egal, ob ich ein 1 Gigawatt-Kohlekraftwerk diese Stunde produzieren lasse, oder ob ein Industriekomplex dieses GW zur bestimmten Zeit abschaltet. Es ist allein eine Frage der Kosten. Derlei Prozesse und Wettbewerbssituationen müssen zukünftig gestärkt werden.

Auch die Kernkraft sollte immer wieder neu überprüft werden und darf nicht vorzeitig als CO₂-freie Energiequelle ausgeschlossen werden. Sollten sich die Erkenntnisse über eine völlig neue Generation an Reaktortechnologien bewahrheiten, in der nämlich Sicherheitsmängel nahezu völlig ausgeschlossen werden können und gleichsam keine Atommüllproblematik vorhanden wäre, muss auch dieser Weg zumindest offenbleiben und geprüft werden. Wenigstens die Forschung in diesem Bereich sollte gleichrangig zu anderen Technologien aufrechterhalten werden.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern die Bundesregierung und die europäische Kommission auf, die Gesetzgebung auf technologiediskriminierende Sachverhalte und Rahmenbedingungen zu prüfen und diese abzuschaffen. Das erfordert auch die Berücksichtigung von Wasserstoff im zukünftigen Energiemix und eine Einbettung der »Wasserstoffstrategie« in dieses Konzept. Dabei ist zum einen zu beachten, dass diese Strategie nicht primär über staatliche Förderung ablaufen darf. Zum zweiten muss auch unideologisch und technologieoffen vorgegangen werden, was eine reine Fokussierung auf grünen Wasserstoff ausschließt.

²¹ zum Beispiel <https://www.kfz-betrieb.vogel.de/scheuer-fordert-freigabe-fuer-synthetischen-diesel-a-894125/>

5.5 Industrie schützen, Zertifikate kostenlos verteilen

Durch die Umsetzung des European Green Deal werden den Unternehmen und Verbrauchern Mehrkosten entstehen. Dadurch fallen weitere insbesondere industrielle Familienunternehmen und energieintensive Unternehmen im globalen Wettbewerb zurück.

Um aber die europäische Industrie zu schützen, werden verschiedene Konzepte diskutiert. Die EU-Kommission tendiert offensichtlich zu einer CO₂-Grenzsteuer (»Carbon-Border-Tax«). Die Kommission geht dabei von vorneherein davon aus, dass Handelspartner dieses Instrument als Protektionismus wahrnehmen werden und Gegenschläge vornehmen werden. Kurzum: Handelskriege werden wahrscheinlich.

Daneben stellen sich komplexe praktische Fragen: Wie ist zum Beispiel mit einem Unternehmen umzugehen, das nur Ökostrom nutzt, aber in einem »dreieckigen« Land beheimatet ist? Wie wird mit Endprodukten aus internationalen Fertigungsketten verfahren, deren Bestandteile unterschiedlich hohe CO₂-Emissionen verursacht haben? Setze eine solche Steuer an der Grenze der europäischen Union nicht voraus, dass jedes importierte Gut einen vollumfänglich erfassten CO₂-Fußabdruck aufweist? Und müssten zu diesem Zweck nicht auch zusätzliche Institutionen mit den entsprechenden Kapazitäten aufgebaut und etabliert werden?

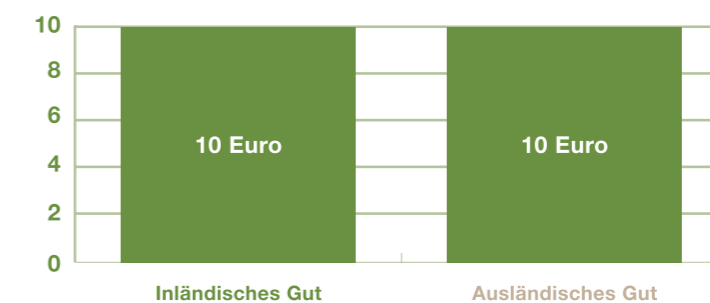
Darüber hinaus ist fraglich, ob der Verbraucher von einer solchen Lösung profitiert, denn er müsste sowohl für die heimischen als auch für die importierten Güter mehr bezahlen.

Die alternative Lösung wäre die Entlastung der Industrie von den Kosten der CO₂-Zertifikate. Hier würden weder für die heimischen Güter noch für die importierten Güter die Preise für Verbraucher steigen. Ein Anreiz zur CO₂-Einsparung wäre gleichwohl über die Absenkung der kostenlos zugeteilten Menge an Zertifikaten gegeben.

Als ersten Schritt müssten die EU-Staaten jedoch ihre nationalen Instrumente schrittweise abschaffen, um verzerrende nationale Belastungen zu schmälern und ein Level-playing-field zu schaffen.

Nehmen wir hypothetisch an, ein inländisches Unternehmen produziert ein Gut für 10 Euro. Der ausländische Wettbewerber ebenso. Durch den Green Deal würden im Beispiel Zusatzkosten von 5 Euro über die Zertifikate auf das vom Unternehmen produzierte Gut zukommen.

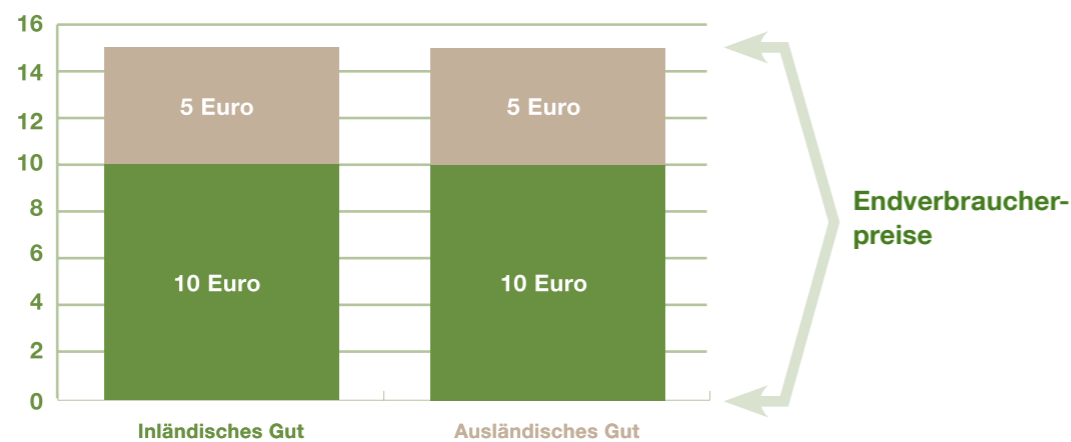
Preise von Gütern im Ausgangsszenario



Variante 1: Das Gut kostet nun 15 Euro. Das ausländische Gut wird an der Grenze der europäischen Union besteuert. Es kostet nun ebenfalls 15 Euro. Der Verbraucher zahlt statt zehn Euro nun

15 Euro für beide Güter. Profiteur wäre ausschließlich der jeweilige Staatshaushalt bzw. im Fall einer europäischen Carbon-Border-Tax der EU-Haushalt. Im Grunde käme das einer Steuererhöhung gleich.

Preise mit CO₂-Steuer an europäischer Grenze

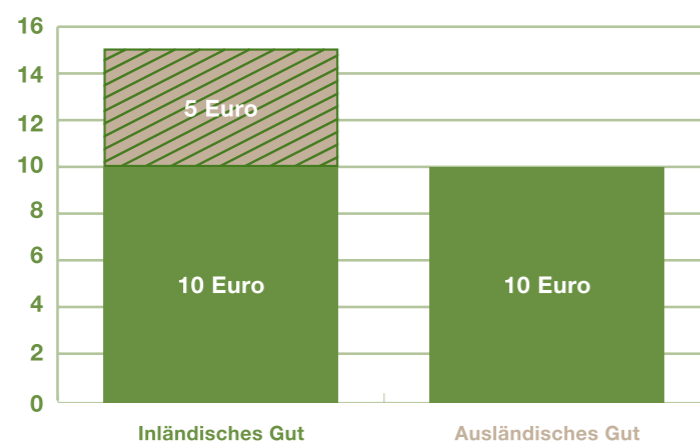


- Preise von Gütern
- Belastung durch CO₂-Grenzsteuer

Variante 2: Die Zusatzkosten von 5 Euro werden dem heimischen Unternehmen erlassen. Der Verbraucher kann sowohl das heimische als auch das ausländische Gut weiterhin für 10 Euro erwerben.

ben. Aber die Gefahr von protektionistischen Maßnahmen und Handelskriegen ist abgewehrt. Gerade das ist für eine Exportnation wie Deutschland ein gewaltiger Vorteil.

Preise in Variante 2



- Preise von Gütern
- Erlassene Zertifikatskosten

Es ist leicht zu erkennen, dass auch der Endverbraucher in Variante 2 besser fährt, da er nur einmal die Kompensierung tragen muss – und zwar nur für die inländische Industrie.

Die Zuteilungsmenge muss selbstverständlich europäisch einheitlich ausgestaltet sein und darüber hinaus im gleichen Maße sinken wie die Gesamtmenge der Zertifikate, was die Industrie ökologisch fördern würde. Sollte es der Industrie gelingen, schneller CO₂ einzusparen als gedacht, könnte sie einen Wettbewerbsvorteil generieren.

In Anbetracht der Vor- und Nachteile fordern DIE FAMILIENUNTERNEHMER eine umfassende Entlastung aller Industrien über eine kostenlose Zertifikatezuteilung im globalen Wettbewerb als eine wichtige Maßnahme, um den Industriestandort Deutschland und Europa zu erhalten und zu stärken.

5.6 Fuel Switch statt kompletter Umstrukturierung

Neben vielen neuen Technologien gilt es auch, alte Technologien mit neuen »Rohstoffen« zu betreiben. So bieten Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe – sofern diese in den entsprechenden und dafür günstigen Regionen erzeugt werden – bereits heute oder in sehr naher Zukunft konkurrenzfähige Energie, die darüber hinaus CO₂-arm oder gänzlich CO₂-frei ist.

Insbesondere Wasserstoff ist ein Energieträger, der für die Energiewende von existenzieller Bedeutung sein kann. Der große Vorteil liegt eben darin, dass der aus erneuerbaren Energien gewonnene Wasserstoff zum einen CO₂-frei ist und damit den ökologischen Anforderungen mehr als gerecht wird. Auf der anderen Seite kann dieser Stoff vielfältig und in nahezu allen Sektoren verwandt werden. Die von vielen Experten angestrebte Sektorkopplung würde so Realität.

Darüber hinaus würde durch die Erzeugung des Wasserstoffs in Äquatornähe eine gänzlich neue Lieferkette entstehen. Die dort ansässigen Länder und Regionen würden perspektivisch zu Rohstoffexporteuren. Eine solche Initiative generiert Wirtschaftswachstum vor Ort und stellt somit eine Art privatwirtschaftlicher Entwicklungshilfe dar. Ein nicht zu unterschätzender und sehr positiver Nebenaspekt.

Für die deutsche Industrie und die Verbraucher wäre ein so gewonnener Energieträger ein vergleichsweise günstiger und dennoch CO₂-freier Energieträger.

Ein Import von günstigem Wasserstoff stellt somit eine Schlüsseltechnologie im Hinblick auf den Erhalt des Industriestandortes dar.

Geht man noch einen Schritt weiter und nutzt die nicht zu vermeidenden CO₂-Emissionen zum Beispiel in Deutschland, um synthetische Gase und synthetische Kraftstoffe herzustellen, was im Bereich des Schwerlast- und Flugverkehrs absehbar nicht zu vermeiden ist, dann könnten Erfolgstechnologien wie der Verbrennungsmotor deutscher Bauart ohne Probleme weiter existieren und einen enormen Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten.

Kritiker führen immer wieder den Energieverlust und den Wirkungsgrad gegen diese Technologie ins Feld. Tatsächlich ist jede Umwandlung mit einem gewissen Verlust an Energie verbunden. Allerdings – das lässt sich von Experten leicht bestätigen – ist die von der Sonne auf die Erde gesandte Energie im Überfluss vorhanden und somit eben kein knappes Gut. Die Menge übersteigt den weltweiten Energiebedarf um ein Vielfaches. Unter diesem Gesichtspunkt lässt sich der Energieverlust leicht verkraften. Ein absehbar steigender CO₂-Preis dürfte die Erzeugung von Wasserstoff relativ zeitnah auch zu einer wettbewerbsfähigen Energiequelle machen. Ab einem gewissen CO₂-Preis dürfte sich das rechnen, wobei zusätzlich aus rein logischen Erwägungen auch eine steuerliche Entlastung klimaneutraler Brennstoffe angezeigt wäre.

Jährlicher Weltenergieverbrauch

Ressourcen fossiler
Energieträger



Quelle: BMWi
Solarintegration.de/ sunbeam GmbH

Und es gilt auch noch einmal die positiven Aspekte hervorzuheben: Wasserstoff oder aus Wasserstoff erzeugte synthetische Brennstoffe können in nahezu allen Sektoren genutzt werden und sind somit eine universelle Energiequelle. Die vorhandene Infrastruktur kann – teils mit notwendigen Anpassungen – weiter genutzt werden, was mit großen Einsparungen auf Seiten der Industrie und des Staates verbunden ist. Diese eingesparten Mittel müssen bei jeder Betrachtung ebenfalls gegengerechnet werden.

Vor allem aber könnten seit Jahrzehnten gewachsene Industriestrukturen und Produktionsmodelle erhalten werden. Die massiven Investitionen für eine radikale Umstellung auf reine Elektrizität wären unnötig, während gleichzeitig die CO₂-Reduzierung schnell und effektiv befördert wird. Diese vermiedenen Investitionskosten gilt es ebenfalls in die Betrachtung einzubeziehen.

Das hätte auch für den Verbraucher große Vorteile. Der Besitzer einer Ölheizung kann diese weiter nutzen. Der Pendler in ländlichen Räumen muss kein teures Elektroauto finanzieren, für das in ländlichen Regionen häufig nicht mal die nötige Lade-Infrastruktur vorhanden ist. Die industriellen Familienunternehmen, die sehr stark auf Gas ausgerichtet sind, müssen keine existenziell bedrohlichen Umstrukturierungsprozesse vornehmen.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern daher, den richtigen ordnungspolitischen und marktwirtschaftlichen Rahmen zu errichten, der auch die ökologische Konsequenz sicherstellt. Welche Technologie und welches Modell sich dann durchsetzt, entscheidet sich am Markt.

Für Deutschland im Besonderen gilt auch folgendes: Den Automobil- und Industriestandort, der seit jeher mit innovativen Technologien und der Schaffung von Wohlstand und Arbeitsplätzen gegläntzt hat, aufgrund einer ideologischen Vorfestlegung pro Elektrifizierung zu opfern, ist mindestens kurzsichtig und hätte verheerende Folgen.

Eine mutwillige oder ideologisch motivierte Vernichtung erfolgreicher heimischer Technologien muss in jedem Fall ausgeschlossen werden. Ironischerweise trägt insbesondere die Belastung mit der EEG-Umlage dazu bei, Wasserstoffanwendungen auszubremsen.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern daher außerdem, diese Option konsequent nachzuvorforschen und in eine faire Wettbewerbssituation zu anderen CO₂-Einsparpotenzialen zu setzen.

Gastkommentar

Klimaschutz beginnt beim Tanken: Mit E-Fuels erneuerbaren Strom weltweit einsetzbar machen

Flüssige Kraft- und Brennstoffe stellen in Deutschland rund 98 Prozent der Antriebsenergie im Verkehrssektor und etwa 22 Prozent der Heizenergie. Jeden Tag tanken 4,5 Millionen Kunden an Tankstellen der UNITI-Mitgliedsunternehmen. Zudem versorgen die Mitglieder ca. 20 Millionen Menschen mit Heizöl für den Wärme- markt.

Gleichzeitig stehen diese Energieträger im Fokus der aktuellen Klima- und Umwelt- debatte und es wird versucht deren Anwendung entweder stark einzuschränken, zu verbieten und für den Verbraucher zu verteuern. Das Fatale hierbei ist, dass nur wenige bezahlbare und technisch ausgereifte Technologien politisch zugelassen werden, die dem Verbraucher einen Ausweg aus der Verteuerungs- und Verbotspo- litik bieten.

Mit Hilfe der technisch ausgereiften Power-to-X-Technologien mit dem Endprodukt Power-to-Liquid (PTL; Strom wird zu einem flüssigen Energieträger) stünde jedoch eine realistische Option für die Herstellung klimaneutraler synthetischer Kraft- und Brennstoffe. Die Technologie ist seit Jahrzehnten bekannt, der deutsche Anlagen- bau ist in Sachen Power-to-X weltweit führend.

Strombasierte, auf Wasserstoff-Basis hergestellte, synthetische Energieträger, so genannte E-Fuels, bieten die Chance, einen klimaneutralen und bezahlbaren Beitrag für den Verkehrssektor zu leisten. Sie sind leicht lager- und ohne Energie- verlust über weite Strecken transportierbar. Dies bedeutet, dass E-Fuels beson- ders günstig in denjenigen Gebieten weltweit hergestellt werden können, in denen erneuerbare Energien ausgiebig zur Verfügung stehen und zu niedrigen Kosten genutzt werden können. Studien gehen von einem Herstellungspreis aus, der mit- telfristig bei einem Euro pro Liter liegen wird. Damit bleibt Mobilität für die breite Masse der Gesellschaft bezahlbar.

Bereits heute ist klar, dass Deutschland durch die Energiewende in allen Sekto- ren den immensen Bedarf nach erneuerbaren Energieträgern, sei es in Form von »grünem« Wasserstoff oder Strom, niemals selbst herstellen kann. Wenn wir grün- en Strom zukünftig umfassend nutzen wollen, müssen wir die Stromerzeugung und -Nutzung globaler denken. Die einfachste und kosteneffizienteste Möglichkeit grünen Strom weltweit einsetzbar zu machen ist, ihn in Form flüssiger synthetischer Kraftstoffe zu verwenden.

E-Fuels lassen sich problemlos und in beliebiger Menge herkömmlichen flüssigen Kraft- und Brennstoffen beimischen oder können diese perspektivisch vollständig ersetzen. E-Fuels sind rückwärtskompatibel, weil sie die gleichen Eigenschaften wie konventionelle Energieträger aufweisen. Sie sind daher in sämtlichen bereits bestehenden Energieträgersystemen wie Heizungen und in Fahrzeug-Bestands- flotten anwendbar. Ganz ohne kostspieligen Technologiewechsel und ohne Aufbau einer zusätzlichen Infrastruktur sind E-Fuels damit flächendeckend als nachhaltige, regenerative Kraftstoffe im Verkehrssektor und damit in sämtlichen Verkehrsträgern – wie Pkw, Lkw, Flugzeugen, Schiffen – einsetzbar. Allein in Deutschland könnte der Bestand von rund 65 Millionen Fahrzeugen und fünf Millionen Ölheizungen mit E-Fuels sofort klimaneutral gestellt werden. In einigen Branchen, beispielsweise im Flug- und Schiffsverkehr, in der Bau-, Land- und Forstwirtschaft sowie in großen Teilen des Schwerlastverkehrs wird es zudem auch auf absehbare Zeit keine sinn- volle technische Alternative zu E-Fuels geben. Daher führt an dem Aufbau einer weltweiten PtX-Erzeugung im industriellen Maßstab ohnehin kein Weg vorbei.

Was fehlt ist die politische und regulative Unterstützung, E-Fuels zu importieren und als gleichberechtigte Klimaschutztechnologie anzuerkennen. Die von der Poli- tik propagierte Technologieoffenheit kann durch synthetische Kraft- stoffe mit Leben gefüllt werden. Ausgestattet mit den gleichen regulativen Vorbedingungen wie heute bereits die Direktstrom- nutzung, könnten E-Fuels einen entscheidenden Beitrag zum Erreichen der Klimaschutzziele leisten. Wir sind überzeugt, dass die Vision einer klimaneutralen Gesellschaft und Wirt- schaft nur mit dem breiten Einsatz von E-Fuels erreichbar ist. Deren Vorteile und Anwendungsmöglichkeiten sollten zukünf- tig in einer breiten politischen Debatte Eingang finden, die sich im Kern um einen Technologiewettbewerb dreht. Dieser Wettbe- werb wird effiziente, klimaschonende und bezahlbare Technologi- en fördern und E-Fuels müssen dazu gehören.



Weitere Infos und Studien zum Thema E-Fuels unter: www.uniti.de

Elmar Kühn | Hauptgeschäftsführer UNITI

5.7 Forschung stärken

Ein elementarer Bestandteil der zukünftigen Klima- und Energiepolitik muss auch eine adäquate, stetige und breit gefächerte Forschung auf allen Ebenen sein. Dabei gilt es nicht nur, die erforderlichen Haushaltsmittel bereit zu stellen, sondern diese auch so einzusetzen, dass die Forschungsprojekte über Jahre hinweg sicher durchfinanziert sind und die entsprechenden Institutionen Planungssicherheit haben, um die erforderlichen technischen und personellen Kapazitäten aufzubauen und zu halten.

Auch im Bereich der Forschung muss die Technologieoffenheit gegeben sein. Das Ziel der Klimaneutralität wird nur im Zusammenspiel diverser Technologien und der Kombination vieler verschiedener Bausteine gelingen. Entsprechend muss auch Forschung möglichst all diese Felder abdecken.

Insbesondere der universitären Grundlagenforschung kommt dabei eine starke Rolle zu. Neben der Verbesserung vorhandener Technologien sollte auch die Möglichkeit gegeben sein, bisher unerkannte Potenziale ins Auge zu fassen und zu erproben. Dazu bietet die breite und gut aufgestellte Hochschullandschaft in Deutschland diverse Möglichkeiten.

Aber auch die anwendungsnahe Forschung und das Zusammenspiel wissenschaftlicher Akteure mit wirtschaftlich agierenden Institutionen hat bereits Erfolge erzielt²².

Ohne die Forschung und Entwicklung neuer Technologien, die Verbesserung und Verfeinerung bestehender Technologien und auch der Erprobung völlig neuer Ansätze wird das Ziel der Klimaneutralität jedenfalls nicht oder nur zu extrem hohen Kosten erreichbar sein.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern, die Mittel für Forschung im Bereich der Energie- und Klimapolitik auskömmlich auszugestalten und vor allem die Finanzierung der Projekte planungssicher über mehrere Jahre zu gewährleisten.

²² Ein hervorragendes Beispiel ist zum Beispiel das NEW 4.0, das im Rahmen des SINTEG-Schaufenster Intelligente Energie - Projektes aufgesetzt wurde. <https://new4-0.erneuerbare-energien-hamburg.de/de/>

5.8 Versorgungssicherheit keinesfalls vernachlässigen

Die Versorgungssicherheit ist vermutlich der letzte große Vorteil des europäischen und deutschen Wirtschaftsstandortes gegenüber den globalen Wettbewerbern. Leider gerät auch dieses Pfund immer stärker in Gefahr. Das zumindest in Deutschland beschworene energiepolitische Dreieck »sicher – sauber – bezahlbar« wird in den letzten Jahren leider immer häufiger und von immer mehr Akteuren allein auf die Dimension einer sauberen Energieversorgung reduziert.

Dabei ist die Energieversorgungssicherheit nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die Bürger extrem wichtig.

Eine Relativierung dieser Dimension wird aufgrund von Verlagerungsprozessen und Akzeptanzproblemen den Klimaschutz zurückwerfen und andere Staaten abschrecken, dem europäischen und deutschen Beispiel zu folgen. Globale Klimaschutzbemühungen würden so abgeschwächt und das in Kombination mit einer wirtschaftlichen Schwächung Europas.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern daher, die Terminmärkte der europäischen Energiebörse EEX zu stärken und den europäischen Handel an diesen zu forcieren. Darüber hinaus gilt es, jeden Stromerzeuger verstärkt in die Pflicht zu nehmen, zur Versorgungssicherheit beizutragen.

Eine Lösung über ein Aggregatoren-Modell²³ scheint dafür zielführend, marktwirtschaftlich und kostengünstig.

²³ Aggregatoren-Modell: In diesem Modell muss der Verkäufer von Strom an der Börse auch immer die physikalische Lieferung sicherstellen. Das bedeutet, dass zum Beispiel der Betreiber einer EE-Anlage auch dafür sorgen muss, dass die von ihm zugesagte verkaufte Menge auch abgesichert ist, falls er nicht in der Lage ist, diese aus seiner Anlage sicherzustellen. So werden sich Modelle etablieren, die zur Versorgungssicherheit beitragen und gleichzeitig möglichst ökologisch sind. Durch den Wettbewerb werden die Marktakteure versuchen, diese Kombination aus Ökologie und Ökonomie so kosteneffizient wie möglich zu realisieren, was einen Innovationsschub auslösen wird.

5.9 Eigenversorgung stärken

Ein nahezu brachliegendes Potenzial schlummert in der Eigenversorgung von Haushalten, aber vor allem auch von Unternehmen durch CO₂-arme Technologien und Stromerzeugungsanlagen, die mit regenerativen Quellen arbeiten.

Dieses mitunter recht leicht zu hebende Potenzial wird in Deutschland vor allem durch rechtliche Hürden ausgebremst. Dabei hat die Eigenerzeugung nicht nur für den Betreiber der Anlage viele Vorteile.

Im Bereich der KWK-Anlagen kann man – insbesondere in industriellen Unternehmen – eine sehr positive CO₂-Bilanz ausmachen, da oft Strom und Wärme gleichermaßen genutzt werden können. Darüber hinaus können Betriebe mit Eigenerzeugungsanlagen, insbesondere, wenn diese steuerbar und grundlastfähig sind, einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Ein immer stärker auf volatile Erneuerbare ausgerichtetes Stromsystem benötigt flexible Verbraucher. Da industrielle Familienunternehmen und energieintensive Unternehmen häufig durchgehend produzieren, wäre eine entsprechende Eigenerzeugungsanlage grundlegend für eine flexible Anpassung des Unternehmens an das Stromangebot. Bei einer konstanten Nachfrage kann eben nur durch unterschiedliche Stromangebotsoptionen flexibel agiert werden. Die Menge der Eigenerzeugung, die genutzt werden kann, aber nicht muss, wäre der flexible Faktor. Sollte im öffentlichen Netz zu viel Strom angeboten werden, kann eine Eigenerzeugungsanlage abgeschaltet werden. Ist zu wenig Strom im Netz, kann eine Eigenerzeugungsanlage auch Strom einspeisen. Der Verbraucher, der eine Eigenerzeugungsanlage besitzt kann somit in beide Richtungen flexibel die Schwankungen im öffentlichen Netz abpuffern.

Auch erneuerbare Eigenversorgungsanlagen können in Kombination mit Speichertechnologien oder angepassten Produktionsmethoden einen großen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten und flexible Lasten generieren. Diese im normalen Strommarkt subventionierten Technologien hätten im Bereich der Eigenerzeugung aber auch einen nicht-subventionierten Markt, der sich allein trägt.

Der Familienunternehmer, der nicht energieintensiv im Sinne des Gesetzes ist und somit keinerlei Entlastungen in Anspruch nehmen kann, hätte in der Eigenstromversorgung wiederum eine Möglichkeit, seine

Nachteile im internationalen Wettbewerb zumindest ein wenig zu schmälern. Durch die verminderte EEG-Umlage wird zumindest eine kleine Kostenentlastung gewährt.

Wie bereits angedeutet bringt die Eigenversorgung im größeren Maßstab auch eklatante Vorteile für die Versorgungssicherheit und eine dezentrale Energieversorgung. Eigenversorger können das Netz entlasten, wenn zu wenig Stromangebot vorhanden ist, indem sie ihre Anlagen hochfahren, sofern diese steuerbar sind. Im umgekehrten Falle können sie überschüssigen Strom aufnehmen, wenn die volatilen Erneuerbaren das Netz überfluten. Somit sind diese durch Eigenversorgung flexiblen Verbraucher nicht nur ein Baustein für die Versorgungssicherheit in Verteil- und Übertragungsnetzen, sondern können auch einen Teil der perspektivisch wegfallenden konventionellen Kraftwerksleistung kompensieren. Und dies mit einer hervorragenden Klimabilanz.

Daher gilt es, flexible Lasten ebenso in den Markt mit einzubeziehen wie Erzeugungsleistung. Beides sichert gleichermaßen Netzstabilität und Versorgungssicherheit.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern daher, die Eigenversorgung zu stärken und dazu folgende Schritte einzuleiten:

- 1 Wegfall der EEG-Umlage auf Eigenstromversorgung wenigstens für EE-Anlagen, aber am besten auch für industrielle KWK-Anlagen.
- 2 Praxistaugliche Regelung für das Messen und Schätzen/Abgrenzungen von Drittstrommengen einführen und somit die Rechtsunsicherheit für Unternehmen beenden.
- 3 gleichberechtigte Teilnahme an Märkten der Netzbetreiber zur Generierung von Erzeugungsleistungen/Lastabwürfen.

5.10 Erneuerbare in den Markt entlassen

Eine wichtige Grundlage für eine ökologische zielführende sowie gleichsam marktwirtschaftliche und kosteneffiziente Klima- und Energiepolitik ist zumindest auf dem deutschen Markt, die Abschaffung der Privilegierung von erneuerbaren Energien. Da mit dem Emissionshandel bereits ein Klimaschutzinstrument für den Energiesektor existiert, gibt es keine Legitimation für eine Besserstellung einzelner Technologien. Vielmehr müssen sich die Erneuerbaren zukünftig auch im Markt wettbewerbsfähig zeigen. Eine gesonderte Subventionierung bestimmter Technologien konterkariert vielmehr den Wirkungseffekt des Emissionshandels, da die Kosten in die Höhe getrieben werden, ohne dass ein zusätzlicher ökologischer Nutzen entsteht.

Jeder Anbieter am Strommarkt sollte die gleichen Anforderungen erfüllen. Das heißt auch, dass jedes Unternehmen, dessen Hauptgeschäftszweig im Vertrieb von Strom liegt, zukünftig perspektivisch zur Versorgungssicherheit und Netzstabilisierung beitragen muss. Dies kann zum Beispiel in einem Modell über Aggregatoren geschehen, indem sich volatile EE-Anlagen mit grundlastfähigen Kapazitäten oder Lastmanagement kombinieren, um versorgungssichere Produkte liefern zu können. Auf diesem Wege wäre wiederum auch die

Problematik der EE-Förderung gelöst, da dieses kombinierte Produkt auch an der Börse einen Preis erzielen würde und somit dem Betreiber der EE-Anlage einen Gewinn bescheren könnte.

Daneben zählen auch jegliche OTC-Geschäfte und PPAs²⁴ zu den Einkommensquellen für erneuerbare Energien. Die Förderung jedoch muss zukünftig auslaufen, da diese mit dem Klimaschutz nicht zu begründen ist und im Gegenteil den Emissionshandel konterkariert.

Entsprechend ist auch ein sogenannter Kapazitätsmarkt abzulehnen – also eine gesonderte Förderung für grundlastfähige Kraftwerke. Dieser wird immer wieder damit begründet, dass die Back-Up-Kapazitäten für die Erneuerbaren angereizt werden müssen.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern dagegen, dass die Anforderungen »sicher, sauber und bezahlbar« für alle Produzenten gelten müssen. Zwei Märkte zu schaffen, die sich beide nicht von alleine rechnen, sondern über Umlagen und Subventionen am Leben erhalten werden müssen, kann keine sinnvolle Investition in die Zukunft sein.

²⁴ OTC-Geschäfte: Over-the-Counter-Geschäfte sind Geschäfte, die nicht über die Börse, sondern zwischen den Vertragspartnern abseits der Börse ablaufen. PPAs = Power Purchase Agreements - Es handelt sich um nichts anderes als Stromkaufvereinbarung. Insbesondere werden PPAs für Post-EEG-Anlagen als Option betrachtet. Die Erzeugungsanlage einigt sich vertraglich mit einem Abnehmer, der den erzeugten Strom zum vereinbarten Preis abnimmt.

5.11 sustainable finance – unzulässiger Eingriff der Finanzwirtschaft

Eine ideologische Aufladung der Finanzwirtschaft mit ökologischen Kriterien lehnen
DIE FAMILIENUNTERNEHMER klar ab.

Die Finanzinstitute und Zentralbanken haben die Aufgabe, das Geldsystem zu sichern und nach geldpolitischen Erwägungen zu handeln, beziehungsweise nach strengen Kriterien und Risikokatalogen zum Beispiel Kredite zu vergeben oder Eigenkapital zur Verfügung zu stellen.

Bereits heute ist erkennbar, dass Banken und Vermögensverwalter die Geldströme in massiver Art und Weise in nachhaltige Investments umlenken. Das geschieht selbstverständlich, um den politischen Rahmenbedingungen gerecht zu werden, die immer stärker darauf ausgerichtet sind, ökologisches Handeln zu forcieren und klimaschädliche Wirtschaftsweisen aus dem Markt zu drängen. Es ist die Aufgabe der Politik, die Rahmenbedingungen entsprechend den präferierten Zielstellungen auszugestalten. Weitere politische Kriterien in der Finanzwirtschaft sind hingegen schädlich, denn sie verzerren Märkte und Investitionsentscheidungen. Zumal die bereits getroffenen politischen Leitlinien die Finanzwirtschaft absehbar schon zu einer Kursänderung bewegen, »sustainable finance« letztendlich also schlicht überflüssig ist.

DIE FAMILIENUNTERNEHMER fordern, ökologische Kriterien aus geldpolitischen Maßnahmen herauszuhalten.

Gastkommementar

Das Irrlicht der sustainable finance

Das Thema der Sustainable Finance ist derzeit das neuste Modewort im Klimadiskurs. Was steckt dahinter? Vor dem Hintergrund des Klimawandels sollen zunehmend Sozial- und Umweltaspekte in die Entscheidungen von Finanzakteuren mit einbezogen werden. Konkret bedeutet das Plädoyer für mehr Nachhaltigkeit im Finanzsystem, dass beispielsweise Unternehmen aus der Chemiebranche oder der fossilen Energieerzeugung sich zu schlechteren Konditionen am Finanzmarkt refinanzieren können: Je »umweltbelastender« ein Unternehmen, desto höher seine Zinsen. Die EU arbeitet gegenwärtig an einer Taxonomie, die die Wirtschaft in grüne, also gute, und schlechte Unternehmen einteilt. Hier ist abzusehen, dass besonders Deutschland mit seiner starken Aufstellung im Industriebereich bestraft werden wird. Das eigentliche Motiv des sustainable finance ist kurzfristiger Aktionismus und Symbolpolitik. Denn Politik wird immer mehr darauf ausgerichtet, ökologisches Handeln zu forcieren und klimaschädliche Wirtschaftsweisen aus dem Markt zu drängen – auch wenn wir dadurch die deutsche Wirtschaft aus dem Land treiben.

So gut die Idee der sustainable finance zunächst auch klingen mag, so unsinnig ist dieser Gutmenscheidealismus aber auf den zweiten Blick. Bei der Vergabe von Krediten geht es vorrangig um eine Risikoabwägung. Je riskanter ein Vorhaben, also je unsicherer die Rückzahlung des geliehenen Geldes ist, desto höher sind die Kosten hierfür (die Prämie das Risiko als Geldgeber in Kauf zu nehmen). Mit der Vermischung von so weichen Kriterien wie Nachhaltigkeit – wie immer und von wem es auch definiert werden soll – laufen wir Gefahr, diese Logik zu durchbrechen. Dann fällt die Entscheidung nicht mehr alleine nach Ausfallwahrscheinlichkeiten, sondern nach willkürlich festgelegten Kriterien der »Nachhaltigkeit«. Bereits heute ist erkennbar, dass die Banken und Vermögensverwalter die Kapitalströme zunehmend in nachhaltige – aber dadurch nicht zwingend risikoarme - Investments umlenken.

Die Finanzinstitute und Zentralbanken haben die Aufgabe, die Realwirtschaft mit Geld zu versorgen und das System zu stabilisieren. Dass das Finanzsystem der Blutkreislauf der Wirtschaft ist, haben wir in der Weltwirtschafts- und Finanzmarktkrise gesehen: Die Kreditklemme hat viele Unternehmen in ihrer Existenz bedroht. Aus der Krise wurden die richtigen Lehren gezogen. Vor allem die strengeren Eigenkapitalvorschriften sorgen jetzt angesichts der Corona-Epidemie für Sicherheit im Bankensektor. Wollen wir dies nun ernsthaft gefährden? Wollen wir wirklich eine grüne Neuaufgabe der Bankenkrise?

Ressourceneffizienz ist bereits ein Uranliegen in der Marktwirtschaft: Alleine schon aus Eigeninteresse werden Produktionsfaktoren bestmöglich genutzt und versucht die Verschwendung zu reduzieren. In Kombination mit der Einpreisung der Umwelt durch den Zertifikatehandel haben wir ein sehr wirkungsmächtiges Instrumentarium zu Hand, um den Klimawandel zu bekämpfen – ganz ohne eine Heerschar von Arbeitsgruppen und Gesprächskreisen in Brüssel.



Michael Moritz | Vorsitzender Kommission Ordnungspolitik DIE FAMILIENUNTERNEHMER

6. Fazit

Ein globales Konzept - anzustrebende Ideallösung

Keine Frage: Klimaschutz geht nur global. Der European Green Deal kann eine große Chance sein – wenn und nur wenn er tatsächlich marktwirtschaftlich, technologieoffen und international ausgestaltet wird. Das wichtigste Plus: Europa verfügt bereits über das weltweit beste Instrument für wirksame CO₂-Einsparung: Den Emissionshandel.

Schlägt die EU diesen Weg ein, werden DIE FAMILIENUNTERNEHMER diese nachhaltige und freiheitliche Klimapolitik unterstützen. Tut sie es nicht, droht der European Green Deal in einem Desaster für Wirtschaft und Wohlstand in Europa zu enden – ganz zu schweigen von dem Schaden für den globalen Klimaschutz.

